



Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung

Sitzungsort: Neues Rathaus, Großer Sitzungssaal, II. OG		Sitzung-Nr.: KBA/05/2021
Sitzungsdatum: Donnerstag, 01.07.2021	Sitzungsbeginn: 16:02 Uhr	Sitzungsende: 19:05 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz	
Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll	
Ausschussmitglieder	
Herr Stadtrat Dr. Matthias Schickel	
Herr Stadtrat Johann Achhammer	
Frau Stadträtin Brigitte Mader	
Frau Stadträtin Petra Volkwein	
Herr Stadtrat Dr. Manfred Schuhmann	
Frau Stadträtin Agnes Krumwiede	
Frau Stadträtin Barbara Leininger	
Herr Stadtrat Raimund Reibenspieß	
Herr Stadtrat Oskar Lipp	
Herr Stadtrat Fred Over	
Frau Stadträtin Veronika Hagn	
Herr Stadtrat Jürgen Köhler	
Berufsmäßige Stadträte	
Herr Gabriel Engert	Referat IV
Herr Isfried Fischer	Referat V
Herr Gero Hoffmann	Referat VI
Frau Renate Preßlein-Lehle	Referat VII

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung	5
1. Aktuelle Information zum Kulturgesehen	5
2. Neubau der Kammerspiele	6
. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 04.05.2021 Vorlage: V0383/21	6
. Antrag der UWG-Stadtratsfraktion vom 11.03.2021 Vorlage: V0217/21	7
. Antrag der UWG-Stadtratsfraktion vom 05.05.2021 Vorlage: V0388/21	8
. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 14.05.2021 Vorlage: V0395/21	11
. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 22.06.2021 Vorlage: V0507/21	11
. Antrag der Ausschussgemeinschaft DIE LINKE/ÖDP vom 30.06.2021 Vorlage: V0546/21	12
. Beschlussvorlage der Verwaltung (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0476/21	13
3. Generalsanierung Stadttheater	27
. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 12.04.2021 Vorlage: V0293/21	27
. Beschlussvorlage der Verwaltung (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0486/21	28
4. Weiterführung des Zuschusses an das AUDI Konfuzius-Institut Ingolstadt (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0250/21	29
5. Errichtung einer "inklusive Mittelschule Südost" -Projektgenehmigung (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0441/21	32
6. Bezuschussung des Projekts „Movin‘ Music“ der Stiftung Jugend Fragt e. V. im Rahmen des Jugendkultursommers 2021 (Referenten: Herr Fischer, Herr Engert) Vorlage: V0430/21	40
7. Unterstützungskonzept zur Stärkung von Ingolstädter Kindern und Jugendlichen in Folge der Corona-Pandemie (Referenten: Herr Isfried Fischer und Herr Gabriel Engert) Vorlage: V0461/21	40
8. Vollzug des Bayrischen Straßen- und Wegegesetzes	48
. Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen SPD, B90/DIE GRÜNEN und der Stadtratsgruppe 'DIE LINKE vom 30.03.2021 Vorlage: V0273/21	48
. Keine Ehrung für historisch umstrittene Persönlichkeiten durch Namensnennung auf Straßenschildern -Ergänzungsantrag der Afd-Stadtratsfraktion vom 20.05.2021- Vorlage: V0426/21	52
. Beschlussvorlage der Verwaltung zum Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen SPD, B90/DIE GRÜNEN und der Stadtratsgruppe DIE LINKE (Referent: Herr Hoffmann, Herr Müller, Herr Engert und Herr Fleckinger) Vorlage: V0390/21	54
. Beschlussvorlage der Verwaltung zum Ergänzungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion (Referent: Herr Hoffmann) Vorlage: V0390/21/1	54
9. Benennung von zwei Straßen im Umgriff des Bebauungsplanes Nr.150 E -"Unsernherrn Nord" (Referent: Herr Hoffmann) Vorlage: V0385/21	58
10. Wettbewerbsverfahren Mittelschule Nord-Ost am Au Graben in Oberhaunstadt (Referenten: Herr Hoffmann, Herr Engert) Vorlage: V0480/21	60

- | | | |
|------|---|----|
| 11 . | Katharinen-Gymnasium: Erweiterung der Datentechnik - Programmgenehmigung
(Referenten: Herr Hoffmann, Herr Engert) Vorlage: V0512/21 | 61 |
| 12 . | Bestellung des Stadtheimatpflegers und des stellvertretenden Stadtheimatpflegers
(Referentin: Frau Preßlein-Lehle) Vorlage: V0483/21 | 61 |
| . | Hierzu liegt vor: Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.06.2021
Vorlage: V0523/21 | 64 |
| 13 . | Dringlichkeitsantrag: Luftfilteranlagen an Schulen und Kitas -Antrag der SPD-
Stadtratsfraktion vom 30.06.2021- Vorlage: V0547/21 | 65 |

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Kultur und Bildung ordnungsgemäß geladen wurde und 13 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss ist damit beschlussfähig.

Öffentliche Sitzung

In die Tagesordnung soll **aufgenommen** werden:

Zu Punkt 2 Neubau der Kammerspiele

liegt weiter vor:

Änderungsantrag der Ausschussgemeinschaft DIE LINKE/ÖDP vom 30.06.2021
V0546/21

Zu Punkt 12 Bestellung des Stadtheimatpflegers und des stellvertretenden Stadtheimatpflegers
(Referentin: Frau Preßlein-Lehle)
V0483/21

liegt vor:

Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.06.2021
V0523/21

Zur Tagesordnung liegt ein **Dringlichkeitsantrag** vor:

Punkt 13 Dringlichkeitsantrag: Luftfilteranlagen an Schulen und Kitas
-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 30.06.2021-
V0547/21

Danach gibt der Ausschuss für Kultur und Bildung seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung.

Öffentliche Sitzung

Kenntnisnahme

1 . Aktuelle Information zum Kulturgesehen

Herr Engert informiert, dass sich das Kulturgesehen zwar wieder aktiviere, aber bei weitem weniger stattfinde als vor der Pandemie. Weiter weist er auf die aktuelle Ausgabe des Kulturgesehens hin, welche den Ausschussmitgliedern zur Verfügung stehen. Dieses Mal sei keine Auflistung dabei, stellt er fest. Herr Engert macht auf den Tätigkeitsbericht der Museen aufmerksam, welcher jährlich vorgelegt wird. Bedenkt man, dass es das Corona-Jahr war, haben 2020 trotzdem relativ viele Aktivitäten in den Museen stattgefunden. Die Besucherzahlen waren ebenfalls durchaus gut. Zudem beinhalte das aktuelle Kulturgesehen den Katalog der Ausstellung "Inge Dick" aus dem Museum für Konkrete Kunst und Design sowie der Ausstellung "Vergänglichkeit" aus dem Deutschen Medizinhistorischen Museum. Beide Ausstellungen seien absolut sehenswert. Zu allen anderen Veranstaltungen verweist Herr Engert auf die Unterlagen.

Stadträtin Volkwein interessiert sich dafür, inwiefern man die anderthalb Jahre mit Corona nutzen konnte, um die Kontakte zu den Partnerstädten der Stadt Ingolstadt aufrechtzuerhalten.

Herr Engert antwortet, dass man zu allen Partnerstädten regelmäßigen E-Mail- und Videokontakt habe. Im Rahmen der Corona-Pandemie hätten sich die Partnerstädte gegenseitig unterstützt. Man habe die Zeit auch genutzt, um im Internet gemeinsame Aktionen wie z.B. Ausstellungen zu machen. Insgesamt sei der Kontakt durch Corona nicht abgebrochen, aber schwieriger geworden. Herr Engert berichtet von seinem Aufenthalt in Ungarn gemeinsam mit Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, zur 750-Jahresfeier von Győr. Nach seinen Aussagen warten die Partnerstädte auf die Möglichkeit, endlich wieder Besuche durchführen zu können, sodass man wieder in den üblichen Austausch eintreten könne. Im Herbst gehe man davon aus, dass zur Landesgartenschau zumindest Győr komme.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

2. **Neubau der Kammerspiele**

Beratend

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 04.05.2021

Vorlage: V0383/21

Derzeit wird viel über die gestiegenen Kosten für den Bau des Museums für Konkrete Kunst diskutiert. Vor diesem Hintergrund sollten wir natürlich auch bei anderen Projekten genauer hinsehen. Die SPD-Stadtratsfraktion begrüßt den Bau der geplanten Kammerspiele für Ingolstadt ausdrücklich. Gleichwohl sollten wir uns alle Alternativen aufzeigen lassen, um Klarheit und Transparenz zu schaffen.

Deswegen stellt die SPD-Stadtratsfraktion folgenden **Antrag**:

Dem neuen, seit 2020 amtierenden, Stadtrat ist darzustellen, welche Alternativen es zum Bau der Kammerspiele gibt:

1. Als Interimsspielstätten kommen leerstehende Hallen, Gewerbeflächen oder andere Säle in Betracht (vgl. z.B. in Augsburg die Interimsspielstätte Martini-Park). Welche Stätten in Ingolstadt könnten das sein? Mit welchen Kosten wäre zu rechnen, um eine solche Interimsspielstätte Theater tauglich zu machen? Hierzu sind die Erfahrungen anderer Städte einzubeziehen.
2. Auch ein temporär aufgestelltes Theaterzelt kommt als Interimsspielstätte in Betracht (vgl. z.B. in München das Theaterzelt in Fröttmaning). Mit welchen Kosten wäre für so ein temporäres Theaterzelt zu rechnen (einschließlich der Heizkosten im Winter)? Hierzu sind die Erfahrungen anderer Städte einzubeziehen.
3. Ist die Generalsanierung des Stadttheaters in zwei Abschnitten (Großes Haus / Festsaal) möglich, so dass der Theaterbetrieb im Festsaal weiterlaufen könnte, während das Große Haus saniert wird? Könnte das „Kleine Haus“ am Brückenkopf saniert werden und wenn ja, zu welchen Kosten?
4. Welche Städte haben ihren Theaterbetrieb während einer Generalsanierung ihres Theaters komplett stillgelegt?
5. Welche weiteren Alternativen gibt es aus Sicht des Kulturreferats?
6. Wie hoch sind die Kosten für den bisherigen Planungsprozess?

Begründung:

Seit weit mehr als 10 Jahren ist bekannt, dass beim Stadttheater Ingolstadt eine Generalsanierung ansteht. Wie in anderen Städten in Deutschland stand Ingolstadt vor ein paar Jahren vor der Frage nach einer Interimslösung während der Sanierung. Hierzu gab und gibt es grundsätzlich folgende Möglichkeiten

1. Einstellung des Theaterbetriebs während der mehrjährigen Sanierung.
2. Ertüchtigung eines bestehenden Bauwerks, um es Theater tauglich zu machen.
3. Errichtung eines temporären Theaterzelts.
4. Bau einer Ersatzspielstätte, die auch nach der Sanierung genutzt werden kann.

Der Stadtrat hat sich seit 2017 in mehreren einstimmigen Stadtratsbeschlüssen mit gutem Grund für den Bau der „Kammerspiele“ ausgesprochen. Diese sind nicht nur eine Ersatzspielstätte, sondern es entsteht auch und vor allem ein Ersatz für das marode „Kleine Haus“, das in einer ehemaligen Schulaula am Brückenkopf untergebracht ist. Im Gegensatz zu einem temporären Theaterzelt, das (vgl. die Erfahrungen anderer Städte) über die Jahre mehrere Millionen Euro Miete kostet oder dem teuren Herrichten eines bestehenden Bauwerks sind die "Kammerspiele" auf Dauer gesehen eine nachhaltige Zukunftslösung. Die SPD Ingolstadt war deshalb von Anfang an eine Befürworterin der Kammerspiele und ist es nach wie vor. Angesichts des Kostendesasters beim MKKD und angesichts der aktuell angespannten Haushaltssituation sollen die zahlreichen Stadtratsentscheidungen noch einmal reflektiert und überprüft werden. Dem neuen Stadtrat sind zum Ende der Vorprojektplanung und vor einer endgültigen Entscheidung für oder gegen die Kammerspiele noch einmal alle Alternativen mit belastbaren Fakten auf den Tisch zu legen.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0476/21.

Beratend

Antrag der UWG-Stadtratsfraktion vom 11.03.2021 Vorlage: V0217/21

Die UWG-Stadtratsfraktion stellt folgenden **Antrag** zur weiteren Vorgehensweise bei der Planung der Kammerspiele:

1. Die Geschäftsführung der Ingolstädter Kommunalbauten GmbH & Co. KG (INKoBau) wird dem Stadtrat in der Sitzung am 22.06.2021 eine detaillierte Planung des Neubaus der Kammerspiele vorlegen.
2. Zusätzlich wird die Geschäftsführung der INKoBau in dieser Sitzung dem Stadtrat eine detaillierte Kostenberechnung vorlegen.
3. Zusätzlich wird die Geschäftsführung der INKoBau in dieser Sitzung dem Stadtrat einen endgültigen Zeitplan bis zur Projektgenehmigung des Baus der Kammerspiele vorlegen.

Begründung:

Im Januar 2019 wurde das Wettbewerbsergebnis Kammerspiele der Öffentlichkeit vorgestellt. Seitdem warten die Bürgerinnen und Bürger Ingolstadts darauf, dass ein Zeitplan und eine Kostenberechnung öffentlich präsentiert werden.

Die Verzögerungstaktik der ehemaligen Stadtspitze führte 2019 dazu, dass das Projekt bereits 2019 künstlich in die Länge gezogen wurde, obwohl die Planungen und Kostenschätzungen bereits im Herbst 2019 vorlagen.

Zum damaligen Zeitpunkt hat Alt-Oberbürgermeister Peter Schnell als Vorsitzender des Vereins der Freunde des Stadttheaters e.V. auf eine zügige Fertigstellung der Planungen gedrängt und auch die Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen hatte in der Stadtratssitzung am 24.10.2019 beantragt (V0891/19), dass die Entscheidung zur Vergabe noch im April 2020 getroffen wird.

Es gibt den mehrheitlichen Willen des Stadtrats, dieses Projekt umzusetzen, was erst wieder in der Abstimmung am 18.06.2020 bekräftigt wurde. Bei dieser Entscheidung hat der Stadtrat zur Kenntnis genommen, dass eine vorläufige Baukostenschätzung für die Kammerspiele und Werkstätten in Höhe von 38,9 Mio. € vorliegt. Außerdem hat der Stadtrat damals auf dieser Grundlage die Vorprojektgenehmigung zur Beauftragung der Architektenleistungen und Freiraumplanung für den Neubau der Kammerspiele – zunächst bis zur Leistungsphase 3 – mit ungefähren Kosten in Höhe von 1,8 Mio. € erteilt.

Das war vor fast genau neun Monaten. Damals wurde vom Geschäftsführer der INKoBau auch eine Kostenberechnung und ein neuer Planungsstand für Dezember 2020 oder Januar 2021 angekündigt. Passiert ist jedoch bisher nichts.

In einer Sitzung des Bezirksausschusses I-Mitte am 10.02.2021 hat der Geschäftsführer der INKoBau nun mitgeteilt, dass mit der Fertigstellung der Kostenberechnung erst im Dezember 2021 zu rechnen sei. Der Stadtrat wurde jedoch darüber nicht informiert und auch in einer Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit am 04.02.2021 wurde darüber nicht informiert.

Wer jetzt dieses Projekt weiter verzögert muss sich aus Sicht der Antragsteller den Vorwurf gefallen lassen, das Projekt damit zu „zerreden“ und insgesamt in Frage zu stellen. Sollen die Kammerspiele errichtet werden, muss der Stadtrat durch eine Projektgenehmigung jetzt dafür den Startschuss geben und nicht erst im Frühjahr 2022.

Das Ensemble und der Intendant des Stadttheaters, die zurzeit im sanierungsbedürftigen „Hämer-Bau“ arbeiten, monieren ebenfalls die überlange Dauer der Planungsarbeiten und warten dringend auf diese neue Spielstätte – das weiß der gesamte Stadtrat. Im Interesse der Bürgerschaft, der betroffenen Theaterfamilie und im Interesse des Stadtrats muss es zur Kostenberechnung und zur technischen Umsetzung endlich Antworten geben.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0476/21.

Beratend

Antrag der UWG-Stadtratsfraktion vom 05.05.2021
Vorlage: V0388/21

Die UWG-Stadtratsfraktion hat am 11.03.2021 einen **Antrag** zur weiteren Vorgehensweise bei der Planung der Kammerspiele gestellt und gefordert, dass dem Stadtrat im Juni 2021 eine Kostenberechnung sowie ein Zeitplan vorgelegt werden (V0217/21). Nach Gesprächen mit den Projektleitern der beim Bau der Tiefgaragen Theater Ost und Theater West verantwortlichen Baufirmen sehen wir erhebliche Risiken, wenn auf die TG Theater West das Gebäude der Kammerspiele gebaut wird.

Wir beantragen daher, dass

1. die Ausführungsplanungen der Kammerspiele im Auftrag des Stadtrats durch einen unabhängigen Bausachverständigen auf die in der Begründung zu diesem Antrag genannten Risiken hin überprüft werden. Unser Vorschlag ist, dass damit die LGA Landesgewerbeanstalt Bayern beauftragt wird (hier: LGA Bautechnik GmbH), die anerkannt ist als Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstelle nach den Landesbauordnungen,
2. vor der weiteren Planung der Kammerspiele ein Boden- und Baugrundgutachten durch einen Sachverständigen erstellt wird und dieses dem Stadtrat vorgelegt wird,
3. die Errichtung der Kammerspiele durch die LGA Bautechnik GmbH begleitet und ständig überprüft wird,
4. im Rahmen der Überprüfungen gemäß Ziffer 1 und der Erstellung des Boden- und Baugrundgutachtens gemäß Ziffer 2 der damalige Generalplaner, die Planungsgesellschaft Obermeyer Gebäudeplanung, München, hinzugezogen wird,
5. die INKoBau dem Stadtrat vor der Projektgenehmigung die errechnete CO₂-Bilanz der geplanten Kammerspiele an diesem Standort vorlegt und
6. die planenden Architekten vollumfänglich die Haftung dafür übernehmen, dass der Bau der Kammerspiele keine irreparablen Schäden an der TG West verursacht.

Begründung:

Bisher wurde durch die Geschäftsführung der INKoBau GmbH & Co. KG immer betont, dass es technisch kein Problem sei, die Kammerspiele auf die TG Theater West zu bauen, ohne dabei die Statik der Tiefgarage zu gefährden.

In den Gesprächen der UWG-Fraktion mit den Projektleitern der damals verantwortlichen Baufirmen wurden jedoch eindringlich folgende Risiken einer Überbauung der Tiefgaragen aufgezeigt und vor diesen Risiken ausdrücklich und deutlich gewarnt:

- A. Die von der Firma Bauer beim Bau der Tiefgarage TG West ausgeführte Schlitzwand (Bentonit-Suspension) kann laut Experten nicht wasserdicht sein. Eine solche Schlitzwand ist grundsätzlich nie wasserdicht, da keine

Fugenbänder oder ähnliches eingebaut sind und an den senkrechten Fugen zwischen den „Betonierabschnitten“ immer ein geringer Wassereintritt erfolgt, der jedoch für die Nutzung der Tiefgarage unbedenklich ist, da das anfallende Grundwasser durch eine Sammelleitung unterhalb der Bodenplatte (von den Außenwänden über Kanalleitungen zur Pumpzentrale) abgeführt und letztlich über einen separaten Kanal zur Donau geführt wird. Diese Kontrolle des Wasserablaufs wird durch einen Eingriff in die Bausubstanz gefährdet.

- B. Die Schlitzwand bindet ein in das Tertiär unter der TG West und es ist daher zu befürchten, dass Grundwasser bei Beschädigung der Tertiär-Schicht und/oder der eingebundenen Schlitzwand in die TG West eindringt.
- C. Von den 60 unter der TG West beim Bau der Tiefgarage errichteten Entlastungsbrunnen sind zehn nicht abgedichtet worden und es läuft daher immer noch Wasser unter der Bodenplatte der TG West in Richtung Donau.
- D. Weitere Auflasten auf dem Tertiär durch den Bau der Kammerspiele können laut Experten zu einem sogenannten hydraulischen Grundbruch unter der TG West führen. Diese Gefahr besteht insbesondere dann, wenn Eingriffe in den Unterbau und/oder in die Bodenplatte erfolgen, wodurch die Auflast auf der Tertiärbodenschicht an verschiedenen Punkten zu gering werden könnte, was dann das Risiko eines Grundbruchs erhöht.
- E. Die Bodenplatte der TG West hat lediglich eine Stärke von 12 Zentimeter. Unter dieser Bodenplatte befindet sich eine 30 Zentimeter dicke Kiesschicht. Die Bodenplatte wurde ausschließlich für die anfallende „Verkehrslast“ durch Kfz in der Tiefgarage berechnet. Laut Experten ist eine weitere Belastung durch Einzel- oder Flächenlasten von oben wie auch durch entstehenden „Druck von unten“ durch Bodenbewegungen oder Baumaßnahmen nicht berechnet. Dieser gesamte Aufbau aus Bodenplatte und Kiesschicht kann somit nach Ansicht der Experten keine weiteren Lasten tragen.
- F. Die Betondecke auf der TG West trägt lediglich eine Last von 500 Kg/m².
- G. Da sich die Stadt Ingolstadt zu den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen bekannt hat, ist durch den Bau der Kammerspiele die Errichtung eines Gebäudes mit zu hohen Emissionen von grauer Energie zu befürchten.

Aufgrund dieser Risiken wäre der Bau der Kammerspiele an dieser Stelle nur dann vertretbar, wenn alle Risiken analysiert wurden und die genannten Gefahren aufgrund dieser Analysen ausgeschlossen werden können.

Für eine Projektgenehmigung durch den Stadtrat ist somit aus Sicht der Unterzeichner auch nur noch dann Raum, wenn die Haftungsübernahme durch die Planer sichergestellt ist.

Sollte durch diese erkannten Risiken von einer Bebauung an dieser Stelle abgesehen werden, sollte die Stadtverwaltung baldmöglichst dem Stadtrat Alternativstandorte zur Prüfung vorlegen. Hierzu gehört nach Ansicht der Unterzeichner auch die Prüfung, ob eine Bebauung im Süden des Hämer-Baus zur Donau hin möglich ist und dem vielbeachteten Entwurf von Architekt Peter Bachschuster in einem neuen Verfahren eine Teilnahme ermöglicht werden kann.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0476/21.

Beratend

Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 14.05.2021 Vorlage: V0395/21

Die CSU- Stadtratsfraktion stellt folgenden **Antrag**:

Die Verwaltung wird beauftragt, parallel zur jetzigen weiteren Untersuchung des Standortes der Kammerspiele auf der Tiefgarage Theater West, die Prüfung des Standortes im Klenzepark wieder aufzunehmen.

Begründung:

Es erscheint logisch, dass sich der Stadtrat und eine Vielzahl von Ingolstädter Bürgerinnen und Bürger aufgrund der Kostensteigerungen beim Bau des MKKD, Gedanken darüber machen, wie ähnliche Planungsrisiken und damit verbundene Kostensteigerungen beim Bau der Kammerspiele ausgeschlossen werden können. Die Ursache für die Kostenexplosion liegt in erster Linie an den Unwägbarkeiten des Untergrunds und der daraus resultierenden statischen Probleme.

Einige Fraktionen haben sich bereits geäußert und fordern maximale Planungssicherheit für den Bau der Kammerspiele. Es müssen sämtliche Unwägbarkeiten im Vorfeld genauestens abgeklärt werden durch eine exakte Prüfung des Untergrunds und der Statik. Die Tragfähigkeit des Untergrunds in unmittelbarer Nähe zur Donau bedarf einer unzweifelhaften baustatischen Begutachtung und Prüfung durch mehrere unabhängige Sachverständige. Gegebenenfalls sollte eine mögliche haftungsrechtliche Risikoübernahme durch die Planer verhandelt werden.

Die CSU-Stadtratsfraktion hat nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass sie einen Anbau südlich des Stadttheaters oder im Klenzepark präferiert. Der Südanbau konnte aus wettbewerblichen Gründen nicht durchgesetzt werden.

Vor dem Wettbewerbsverfahren gab es bereits Pläne für die Kammerspiele im Klenzepark. Die CSU-Stadtratsfraktion regt an, die Pläne nochmals herauszuholen und eine Realisierung an diesem Standort zu prüfen. Durch das parallele Verfahren könnte ein weiterer Zeitverzug vermieden werden, wenn sich nach eingehender Begutachtung des Untergrunds und der Statik herausstellt, dass von den Kammerspielen auf der Tiefgarage Theater West Abstand genommen werden muss.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0476/21.

Beratend

Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 22.06.2021 Vorlage: V0507/21

Die CSU- Stadtratsfraktion stellt folgenden **Antrag**:

1. Bevor weitere Entscheidungen zum Standort der Kammerspiele auf der Tiefgarage Theater West diskutiert und beschlossen werden können, muss umgehend ein qualifiziertes Boden- und Statikgutachten durch die Landesgewerbeanstalt in Auftrag gegeben werden.
2. Der für den Bau der Tiefgarage Theater West verantwortliche Projektleiter soll zeitnah in das zuständige Gremium bzw. in die nächste Sitzung des Stadtrates eingeladen werden und die baulichen Gegebenheiten der Tiefgarage Theater West erläutern.

Begründung:

Nach Recherchen und Gesprächen mit Baufachleuten, u. a. mit dem damals für den Bau der Tiefgarage Stadttheater verantwortlichen Projektleiter, ist es aus der Sicht der Stadtratsfraktion zwingend erforderlich, sich insbesondere mit der Statik der Tiefgarage und den geologischen Verhältnissen am geplanten Standort gutachterlich auseinanderzusetzen.

Nach Aussage des damals gesamtverantwortlichen Architekten ist eine Fundamentierung auf oder durch die Tiefgarage West mit einem nicht kalkulierbaren Risiko belastet. Durch die besonders schwierigen geologischen Untergrundverhältnisse und die partiell zu geringe Tertiärschicht besteht die Gefahr eines Grundbruchs mit verheerenden Konsequenzen.

Der damals verantwortliche Projektleiter der Tiefgarage Theater West steht nach eigener Aussage dem Stadtrat für Nachfragen und Erläuterungen gerne zur Verfügung.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0476/21.

Beratend

Antrag der Ausschussgemeinschaft DIE LINKE/ÖDP vom 30.06.2021 Vorlage: V0546/21

Die Ausschussgemeinschaft DIE LINKE/ÖDP stellt hiermit ergänzend folgenden **Antrag**:

- 1) Ergänzend zum Stadtratsantrag der CSU-Kollegen wird geprüft, ob beim Klenzepark
 - a. auf den freien, ungenutzten Flächen südlich der Depots des Armeemuseums Raum für einen Neubau der Kammerspiele erschlossen werden kann.
 - b. mit einem räumlich etwas abgespeckten Neubau („Kammerspiele light“) im Umfeld des Areals des Armeemuseums eine für alle Seiten befriedigende Lösung gefunden werden kann.
- 2) Es wird geprüft, ob im Rahmen der ohnehin anstehenden und ursprünglich für ab 2021 eingeplanten großen Sanierung des Turm Baur diese um eine Überdachung des Innenhofes erweitert und auf diese Weise eine alternative Option für eine Theaternutzung geschaffen werden kann.

Begründung des Antrags:

Aus der Bürgerschaft werden – nicht zuletzt nach Bekanntwerden der Mehrkosten beim Museum für konkrete Kunst und Design (MKKD) - vermehrt Vorbehalte gegen den Standort auf der Tiefgarage Theater-West geäußert. Daher sollten alle denkbaren alternativen Optionen intensiv durchleuchtet werden. Wichtig erscheinen uns dabei vor allem die Innenstadtnähe und die Projektkosten.

Zu 1b: Bisher wird bei der Suche nach einer Ersatzspielstätte von einer fixen, früh festgelegten Größe für das Projekt ausgegangen. Man sollte aber auch einmal den Spieß umdrehen und fragen: Lässt sich mit mehr räumlicher Flexibilität so bauen, dass ein solches Projekt dennoch sinnvoll in eine Gesamtlösung eingepasst werden kann?

Zu 2: Für den Turm Baur wurden schon 2018 3,9 Millionen Euro für eine Sanierung ab dem Jahr 2021 eingeplant. Im Investitionsplan der Stadt für 2020 war diese Position mit Terminierung „zukünftig“ noch enthalten, für 2021 fehlt diese nun. Selbst wenn man zwischenzeitlich anderen Projekten eine höhere Priorisierung zuerkannt hat: der Sanierungsbedarf bleibt bestehen.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0476/21.

Beratend

**Beschlussvorlage der Verwaltung
(Referent: Herr Engert)
Vorlage: V0476/21**

Antrag:

1. Die Stellungnahmen der Verwaltung und der INKoBau zu den Anträgen der SPD-Fraktion vom 04.05.2021 und der UWG-Fraktion vom 25.03.2021 und 05.05.2021 werden zur Kenntnis genommen.
2. Überlegungen oder eine Wiederaufnahme von Planungen zum Bau der Kammerspiele im Klenzepark, wie von der CSU-Fraktion mit Antrag vom 14.05.2021 beantragt, werden nicht weiterverfolgt.
3. Die Standortüberlegungen der Bezirksausschüsse Südost und Nordwest zur Situierung der Kammerspiele werden nicht weiterverfolgt.

Die Anträge der SPD-Stadtratsfraktion (V0383/21), der UWG-Stadtratsfraktion (V0217/21 und V0388/21), der CSU-Stadtratsfraktion (V0395/21 und V0507/21), der Ausschussgemeinschaft DIE LINKE/ÖDP (V0546/21) und die Beschlussvorlage der Verwaltung (V0476/21) werden gemeinsam behandelt.

Herr Engert informiert, dass die Verwaltung versucht habe, die verschiedenen Anträge zusammenzufassen und soweit wie möglich zu beantworten. Dazu habe man eine PowerPoint-Präsentation vorbereitet, die dem Protokoll beigelegt ist,

welche die wesentlichen Punkte beinhalte. Was die temporäre Ausweichspielstätte angehe, habe man nachweisen können, dass nach der Erfahrung anderer Städte dies keinesfalls günstiger wäre als das, was man in Ingolstadt plane. Betrachte man den städtischen Kostenanteil, sei der einzige Unterschied, dass bei einer temporären Ausweichspielstätte alle Kosten verloren gehen würden. Man hätte keine Verbesserung der Infrastruktur und Situation, sondern lediglich sehr viel Geld ausgegeben. Zur Veranschaulichung bringt Herr Engert als Beispiel die Stadt Augsburg. Diese werde nach seinen Worten insgesamt ca. 30 Mio. Euro für eine Ausweichspielstätte aufwenden, ohne dass nachher etwas davon bleibe, nicht einmal ein Zuschuss. Dies gelte ebenfalls für eine Zeltlösung, die zudem starke Einschränkungen der Qualität für die Besucher über die Jahre der Sanierung mit sich bringen würde. In der Diskussion werde manchmal übersehen, dass in den Kosten der Kammerspiele auch noch die Werkstätten enthalten seien, welche auf jeden Fall gemacht werden müssten. Was momentan als Werkstätten zur Verfügung stehe, funktioniere nicht. Insofern müssen diese zur Ausweichspielstätte separat errichtet werden. Als zweiten Punkt bezieht sich Herr Engert auf die Frage, ob dem Kulturreferat Alternativen zu Ausweichspielstätten bekannt seien. Diese Frage habe er so verstanden, ob der Theaterbetrieb für diese Zeit komplett stillgelegt werden könne. Dies sei rechtlich nicht möglich, da es im tarifvertraglichen Bereich unbefristete Arbeitsverhältnisse gebe. Im künstlerischen Bereich habe man zwar befristete Arbeitsverträge, jedoch sei die Kündigung immer auf die künstlerische Leistung bezogen und nicht auf die Frage einer Sanierung, erläutert er. Dies bedeute, man könne diese Arbeitsverhältnisse nicht kündigen. Man würde das Personal weiterbezahlen müssen und bekäme für diese Zeit keine Zuschüsse vom Freistaat Bayern. Abgesehen davon ist Herr Engert der Meinung, dass man durch diese Lösung sämtliche Abonnenten an andere Städte verlieren könnte. Insofern hätte dies verheerende Folgen für das Theater nach der Sanierung. Auch die Alternative "Klenzpark" wieder aufleben zu lassen, hält Herr Engert für problematisch. Es gebe mehrere Gründe, weshalb dieser ursprünglich vorgesehene Standort nicht funktioniere. Zum einen stehe auf den Flächen ein Depot des bayerischen Armeemuseums mit 3000 Quadratmetern, welches man ersetzen müsste, und zum anderen stehe die Fläche nicht mehr uneingeschränkt zur Verfügung, da der Staat inzwischen die Reithalle zum Schaudepot für das Armeemuseum ausbaue. All dies würde zu einer völlig neuen Planung und hohen Kosten führen. Zudem würden dann am jetzigen Standort verlorene Planungskosten von 3,3 Mio Euro hinzukommen, untermauert er. Die vom gestrigen Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE / ÖDP vorgeschlagene unbebaute Fläche sei in Privatbesitz, führt Herr Engert fort. Der Eigentümer solle bereits vor drei bis vier Jahren geäußert haben, dass er das

Grundstück auf keinem Fall verkaufen wolle. Auch alle anderen Flächen in diesem Umfeld seien in Privatbesitz und es müsste zunächst geprüft werden, ob die Eigentümer verkaufsbereit wären. Das bedeute, dass an solchen Stellen erhebliche Grundstückskosten im Raum stehen würden. Man rede hier von Grundstückspreisen, welche wohl einige tausend Euro pro Quadratmeter ausmachten, betont Herr Engert. Es würden so Kosten hinzukommen, welche nicht zuschussfähig wären. Insofern schlägt die Verwaltung vor, das Thema "Klenzepark" nicht nochmals aufzugreifen, sondern zunächst abzuwarten, was zum Ende des Jahres die beauftragte Planung ergebe. Dann könne man entscheiden, ob man das Projekt fortsetzen möchte oder nicht, empfiehlt Herr Engert.

Herr Fall berichtet, dass man sich aktuell in einem Planungsprozess befinde. Dabei geht er anhand einer PowerPoint-Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, näher auf das Thema Risikoeinschätzung und -minimierung Baugrund/Bestand ein. Mit Zunahme des Wissens minimiere sich das Risiko und je tiefer man in dem Projekt stecke, desto genauer könne man Kosten benennen, erläutert er. Zum Thema Baugrund sagt er, es seien bauzeitliche Pläne, Statikunterlagen, Schriftverkehr und Prüfberichte vom Prüfungsstatiker sowie Gutachten (z.B. zum Thema Auswirkungen der Schlitzwand auf das Grundwasser) vorhanden. Herr Fall sagt, er sei der Meinung, man habe wirklich sehr umfangreiche Unterlagen, auch was Bauteiluntersuchungen zu Zeiten der Sanierung der Tiefgarage betreffe. Diese seien für die Planung besonders wichtig. Eine der Bohrungen sei zu einer Grundwassermessstelle ausgebaut worden. Dies habe den Vorteil, die Entwicklung der Grundwasserstände sehen, bewerten und abgleichen zu können. Trotz all der Unterlagen aus der Historie benötige man neue Untersuchungen, führt Herr Fall aus. Hierzu habe man eine digitale Aufnahme des Bestandes gemacht und ein Bodengutachten mit geotechnischem Bericht beauftragt. Zudem werde man ergänzende Bauteil- und Baugrunduntersuchungen vornehmen. Bezüglich des Weiteren Vorgehens befinde man sich in bei der Auswertung vorhandener Unterlagen und bestehender Grundwassermessstellen. Diese werden von Baugrundgutachtern mit den Pegelständen der Donau verglichen. Daraus solle dann das erste Baugrundmodell erstellt werden, welches dem Statiker zur Verfügung gestellt werden könne, damit dieser eine bessere Planungsgrundlage habe. Gleichzeitig werde festgelegt, welche ergänzenden Untersuchungen man an Stellen benötige, welche von INKoBau aus Gründen der Lastabtragung und anderer Aspekte als kritisch eingeschätzt werden. Diese ganzen Informationen fließen letzten Endes in ein Baugrundgutachten ein, welches verschiedene Teile umfasse. Eines davon sei die Gründungsempfehlung. Es gebe allerdings auch Auskünfte über Kampfmittelfreiheit und Kontaminierung, was

in dem Fall nicht relevant sei, aber auf der anderen Seite des Anbaus am Stadttheater ein Thema sein könnte, erwähnt Herr Fall. Das Baugrundgutachten werde von INKoBau beauftragt und den Tragwerksplanern zur Verfügung gestellt. INKoBau schlägt daher vor, den Prüfstatiker frühzeitig miteinzubeziehen. Herr Fall glaubt, somit könne man eine Sicherheit schaffen, in der Risiken gut bewertbar und umsetzbar seien. Weiter geht er auf die alten Pläne von 1976 ein, wo eine Baugrunduntersuchung und Bohrung vorgenommen wurde, die man zu einer Grundwassermessstelle ausgebaut habe. In den Plänen sehe man die Grundwasserganglinie der Grundwassermessstelle. Nach den Worten von Herrn Fall ist diese sehr wichtig, um das Verhalten der dortigen Grundwasserstände bewerten zu können. Er denke auch, dass man keine Holzpfähle finden werde, weil man diese bereits beim damaligen Theaterbau gefunden habe. Schon damals solle es während des Baus der Tiefgarage Änderungen gegeben haben. Dies stehe auch in dem Artikel von 1976. Man sehe, auch damals habe es schon der Notwendigkeit bedurft, Fundamente zu ertüchtigen. Die Möglichkeit dies zu tun bestehe, sonst hätte es damals schon nicht funktioniert, betont Herr Fall. Weiter geht er auf das Tragwerkskonzept ein und erklärt, dass man an den roten Linien sehe, dass die Tiefgarage eigentlich im Grundwasser stehe. Man sei sich bewusst, dass die Tiefgarage keine durchgehende wasserdichte Wanne sei, sondern wie ein Flächenfilter funktioniere. Dies bedeute, dass sie eigentlich nicht auftriebssicher sei. Im Umkehrschluss bedeute das, dass die Tiefgarage bei Hochwasseranstieg geflutet werde, um sie auftriebssicher zu machen, erläutert Herr Fall. Der gelbe Umgriff auf Folie 11 zeige das erste Untergeschoss, was komplett zurückgebaut werden solle. In das zweite Untergeschoss gehe man nur in einen ganz kleinen roten Bereich. Nach den Worten von Herrn Fall soll dort später der Bühnenturm errichtet werden. Im UG2 habe man die Bestandsschlitzwand. Man nehme das UG1 weg und gehe nur in den Bereich des Bühnenturms in das UG2. INKoBau sei bewusst, dass die bestehende Schlitzwand nicht zu 100 Prozent wasserdicht sei, was beachtet werde. Bezüglich des Tragwerkskonzeptes des Neubaus habe man im Prinzip sechs Wände, wo man Lasten abtragen müsse. Geplant sei, diese auf Stützen abzutragen, referiert Herr Fall. Im Bereich des Bühnenturms sei geplant, die Lasten über eine Bodenplatte abzuleiten. Hier habe man ca. 1,5 Meter Platz. INKoBau sei klar, dass man die Tragfähigkeit bei der Ertüchtigung der bestehenden Stützen beachten müsse. Vor dem Hintergrund, dass man das ganze Tragraster im UG1 neu aufbauen könne, könne man die Lasten besser verteilen. Aktuell rechne man bei den ganzen Überlegungen mit einer 80-prozentigen Sicherheit, sagt Herr Fall. Habe man mehr Informationen, könne man sich überlegen, die Sicherheit zu reduzieren und wirtschaftlicher zu bauen. All diese Überlegungen werden nach Aussagen von Herrn

Fall laufend berechnet und diskutiert. Nicht nur von INKoBau, sondern auch vom Baugrundgutachter, dem Statiker und dem Prüfstatiker. Herr Fall sagt, er gehe davon aus, Leistungsphase 2 Ende Juli 2021 abschließen zu können. Zum Ende des Jahres 2021 wolle man mit einer Risikoauswertung und einer Kostenberechnung in den Stadtrat gehen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll möchte wissen, ob aus den aktuellen Befunden Risiken ersichtlich seien, welche den Baugrund oder das Grundwasser betreffen. Sie erkundigt sich, ob man schon im Dezember über die notwendigen Kenntnisse verfüge, um eine Entscheidung über den geplanten Standort treffen zu können oder ob es sinnvoll wäre, noch einen Dialog mit den damaligen Architekten, Statikern und Baubeteiligten zu führen.

Ein Kontakt zu den damaligen Baubeteiligten habe es bereits gegeben, antwortet Herr Fall. Das Bauen mit einer Schlitzwand sei damals noch am Anfang der technischen Entwicklung gewesen. Zum jetzigen Stand von heute gebe es aus seiner Sicht keinen Punkt, der zeige, dass das Projekt nicht möglich oder nur mit einem unwirtschaftlichen Aufwand möglich sei. Herr Fall versichert, dass es hierzu im Dezember eine fertige Statik geben werde. Auch die Tatsache, dass der Prüfstatiker schon früher im Prozess mit dabei sein soll, welcher normalerweise erst ab Leistungsphase 4 prüfen würde, verschaffe einen Vorsprung. Herr Fall ist der Meinung, vergleiche man den Umfang der Unterlagen mit einer anderen Baustelle, dann sei man hier auf einem ganz anderem Niveau. Außerdem sei man in Kontakt mit dem Oberbauleiter, der die damalige Sanierung geleitet habe. Dieser Gesichtspunkt sei wichtig, schließlich müsse man wissen, in welchem Zustand das Gebäude heute sei. Hier gebe es einige Aspekte, die man untersuchen und berechnen könne, um am Ende eine relativ hohe Sicherheit zu bekommen, verdeutlicht Herr Fall.

Stadtrat Dr. Schuhmann kann nicht verstehen, weshalb das Thema Standort und Alternativen nun wieder diskutiert werde. Schließlich habe der Stadtrat am 14.12.2018 einen einstimmigen Beschluss bei der Jury über den Wettbewerbssieger gefasst. Er kritisiert, dass hinter den jetzigen Fraktionsanträgen die selben Verfechter stünden, welche sich schon damals gegen den Standort ausgesprochen hätten. Er fragt sich, weshalb die Antragsteller ihre Zweifel nicht unmittelbar im Jahr 2019 bei der Abstimmung geäußert haben. Nach seinen Aussagen sei die Beauftragung vom Stadtrat beinahe einstimmig beschlossen worden. Stadtrat Dr. Schuhmann bemängelt, dass sich seit dem Planungsstart im Juni 2020 nichts getan habe, jetzt wo

sichergestellt sei, dass der Prüfer von der Landesgewerbeanstalt Bayern komme, Architekten beauftragt wurden und alle Unterlagen vorliegen würden. Stattdessen werde das Thema in der Öffentlichkeit noch mehr angeheizt. Zur Veranschaulichung bringt Stadtrat Dr. Schuhmann die Bäume ins Spiel, welche aus Protest bunt umhäkelt wurden. Auch dass die beiden Bezirksausschüsse Südost und Nordwest nun Alternativ-Vorschläge bringen, halte er für unsinnig. In seinen Augen sei man auf einem Niveau angekommen, wo sich die Stadt Ingolstadt fast lächerlich mache. Er tritt mit der Bitte heran, die Debatte um den Standort endlich wieder einzustellen. Ansonsten bremse man den kulturellen Fortschritt in der Stadt, besonders die jungen Leute vom Theater, die auf eine geeignete Spielstätte warten. Das junge Theater sei ein unglaublicher Gewinn für Ingolstadt, findet Dr. Schuhmann. Er plädiert dafür, dort weiter zu machen, wo bereits fast einstimmige Beschlüsse vorliegen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll widerspricht Stadtrat Dr. Schuhmann. Nach ihren Kenntnissen stamme der erste Antrag, der zu dem Thema aktuell nochmal gestellt wurde, von der SPD-Stadtratsfraktion.

Stadtrat Dr. Schuhmann merkt an, dass der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion in der Fraktionssitzung gegen den ausdrücklichen Willen von seiner Kollegin Stadträtin Volkwein und ihm beschlossen worden war. Hinter dem Antrag stehe die Absicht, eine weitere Anzahl von Anträgen zu stoppen, erklärt er. Dies sei der SPD-Stadtratsfraktion mit dem Antrag missglückt, stellt Stadtrat Dr. Schuhmann fest.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sagt, sie halte es für legitim, das Thema nochmals zu diskutieren. Man brauche Sicherheit, um den Weg weitergehen zu können.

Es sei klar, dass die CSU-Stadtratsfraktion hinter den Kammerspielen stehe, gibt Stadtrat Dr. Schickel bekannt. Ingolstadt habe ein hervorragendes Theater mit einem hervorragenden Intendanten. Hierfür brauche man auch ein funktionsfähiges Theater. Andererseits halte er eine Politik, welche sich in Alternativlosigkeiten beuge, für eine realtiv kurzsichtige Politik. Deswegen verstehe er nicht, weshalb man den Klenzepark nicht parallel prüfe. Scheitere der aktuell geplante Standort, müsse man eventuell wieder mit einer weiteren Prüfung neu beginnen. Dies sei für ihn nicht ganz nachvollziehbar. Weiter bringt Stadtrat Dr. Schickel das MKKD ins Spiel. In seinen Augen habe das eine mit dem anderem nichts zu tun und könne deshalb nicht als Hauptgrund dafür dienen, die Kammerspiele in Frage zu stellen.

Das eine habe mit dem anderem sicher nichts zu tun, pflichtet Stadtrat Achhammer bei. Bezüglich der Anträge sei er jedoch der Meinung, dass man mit dem Standort total unglücklich sei. Dafür gebe es mehrere Faktoren. Ein Teil dieser Umstände sei auf die Kostensteigerung des MKKD zurückzuführen, glaube er. Nicht um die Kammerspiele zu verhindern, sondern um nicht in das gleiche Loch reinzufahren wie beim MKKD. Von Herrn Fall möchte Stadtrat Achhammer wissen, in welcher Ebene man sich mit der Bodenplatte des Bühnenturms befinde.

Herr Fall antwortet, dass dies die Ebene der Tiefgarage sei. Momentan plane man die Bodenplatte über der aktuell bestehenden Fahrbahn der Tiefgarage. Tiefer wolle man nicht nach unten in den Boden gehen. Ob die Decke dabei entfernt werden müsse, könne man noch nicht sagen.

Stadtrat Achhammer erkundigt sich, ob Gleiches auch für die Stütz- und Statikmauern in der Tiefgarage gelte.

Hier würde man sich an das bestehende Stützraster der Tiefgarage halten, erklärt Herr Fall. Die Frage der Ertüchtigung spiele dabei eine Rolle. Dies könne man aktuell noch nicht endgültig beantworten. Hierfür gebe es verschiedene Methoden wie z.B. eine Ummantelung mit Kohlefaser oder ein Verbreitern der Stützen, erklärt er. Diese Dinge müsse man im Detail klären. Auf dem alten Bild aus der damaligen Bauzeit habe man ähnliche Maßnahmen ergriffen, informiert Herr Fall.

Stadtrat Achhammer möchte in Erfahrung bringen, ob sich bei der Zahl der 96 Stellplätze, welche wegfallen sollen, inzwischen etwas geändert habe und ob man in dieser Angelegenheit bereits Kontakt mit der IFG Ingolstadt AöR aufgenommen habe.

Herr Fall erklärt, dass durch den Bau des Theaters wieder neue Parkplätze entstehen würden. Momentan befinde man sich in der Diskussion, ob entweder 25 Pkw-Stellplätze oder eine Fahrradgarage mit ca. 160 Fahrradstellplätzen entstehen solle. Entscheide man sich für die 25 Pkw-Stellplätze, wäre man bei den 96 entfallenden Stellplätzen, verdeutlicht Herr Fall. Beide Varianten werden nach seinen Worten für eine Entscheidung vorbereitet.

Stadtrat Achhammer möchte Auskunft darüber haben, ob die Kosten in eine separate Rechnung für die IFG Ingolstadt AöR fließen oder bereits in den Planungskosten des Baus enthalten seien.

Herr Fall antwortet, dass die Ablöse der erwähnten Stellplätze nicht in den Baukosten der Kammerspiele enthalten sei. Die Kosten der Baumaßnahmen dagegen seien selbstverständlich miteinberechnet. Dies betreffe auch die Stellplätze, die wieder erstellt werden, verdeutlicht er. Die IFG Ingolstadt AöR werde in den nächsten Panungsschritten hinzugenommen, um z.B. das Thema Fahrradstellplätze diskutieren zu können.

Die Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen stehe hinter dem Neubau der Kammerspiele, gibt Stadträtin Krumwiede bekannt. Die genannten Alternativvorschläge Interimsspielstätte und Theaterzelt seien nicht zuschussfähig und sehr teure Lösungen. Auch den Vorschlag der Stadtratsgruppe DIE LINKE, den Turm Baur mit einem Glasdach zu versehen, sei zwar eine charmante Idee, halte sie jedoch für völlig utopistisch. Zudem sei das kleine Haus marode und für keinen Winter geeignet. Grundsätzlich möchte Stadträtin Krumwiede auch betonen, dass es nicht darum gehe, einen Kunsttempel für eine Kulturelite zu errichten. In ihren Augen sei Kultur ein Standortfaktor, der sich sogar für Menschen rechne, welche Kulturangebote gar nicht wahrnehmen. Die Ausgaben für Kunst und Kultur fließen nämlich direkt und indirekt in die heimische Wirtschaft wieder zurück. Dieser Zusammenhang zwischen Kultur und Wirtschaftsaufschwung sei in mehreren ökonomischen Studien belegt worden, hebt Stadträtin Krumwiede hervor. Auch die Aussage, dass man sich die Kammerspiele aufgrund der Kostensteigerung des MKKDs nicht mehr leisten könne, sei in ihren Augen ein Vergleich zwischen Äpfel und Birnen. Anders als beim MKKD kenne man den Untergrund der Kammerspiele, nämlich die Tiefgarage. Zudem bekomme man bei den Kammerspielen einen Zuschuss von 75 Prozent durch den Freistaat. Man wäre völlig vom Affen gebissen, wenn man jetzt anfangen, einen neuen Standort zu suchen, kritisiert Stadträtin Krumwiede. Für sie gäbe es nur einen einzigen Grund, das Fass mit dem Standort neu aufzumachen, und zwar dann, wenn der Prüflingenieur feststelle, dass die Tragfähigkeit der Tiefgarage wider Erwarten doch Probleme mit der Statistik habe. Deshalb unterstütze die Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen den Vorschlag der Verwaltung, den Prüflingenieur bereits zu einem früheren Zeitpunkt zu bestellen.

Stadtrat Over kann Stadträtin Krumwiede nicht ganz zustimmen. Selten seien mehr Menschen auf die ÖDP-Stadtratsgruppe so zugekommen als bei dem Bau der Kammerspiele. Stadtrat Over stehe zu seiner Entscheidung, im vergangenen Jahr für den Standort und die Kammerspiele gestimmt zu haben. Trotzdem habe er das Gefühl, dass der öffentliche Druck von Woche zu Woche steige. Er sei der Meinung,

dass die Menschen nicht zwischen dem MKKD und der Ersatzspielstätte Kammerspiele unterscheiden. Er meint, dass die Menschen nur das Eurozeichen dahinter sehen. Aktuell fehle Stadtrat Over eine klare Kommunikation, welche man heute im Ausschuss erlebe. Diese sollte man seines Erachtens nach außen tragen, um sich in der Argumentation stärken zu können. Weiter merkt Stadtrat Over an, dass ihm in der Darstellung von Herrn Engert ein Wort zum Turm Baur fehle.

Herr Engert weist zunächst daraufhin, dass sich der Stadtrat beim Neubau der Kammerspiele für ein sehr ungewöhnliches Verfahren entschlossen habe, um möglichst viel Sicherheit für das Verfahren zu gewinnen. Nämlich bis Leistungsphase 3 zu vergeben, ohne abschließend entschieden zu haben, ob die Kammerspiele nacher so gebaut werden. D.h. man habe bis dahin 3 Mio Euro ausgegeben, um Kostensicherheit zu gewinnen und erst dann entscheiden zu müssen. Dies mache man bei keiner anderen Baumaßnahme, betont er. Auf die Nachfrage von Stadtrat Over teilt Herr Engert mit, dass der Turm Baur insgesamt extrem sanierungsbedürftig sei. Bereits im Jahr 2000 habe man gemeinsam mit dem Freistaat Bayern für den Turm Triva den Einbau eines Daches überprüfen lassen. Allein für das Glasdach sei man zu erheblichen Kosten gekommen. Wolle man dort Theater spielen, brauche man zusätzlich eine technische Ausstattung. Herr Engert ist der Überzeugung, dass diese Alternative mindestens so viel kosten würde wie die Kammerspiele und dazu nachher kaum vergleichbar nutzbar wäre. Deswegen hält er den Turm Baur nicht als Theater-Ersatzspielstätte geeignet. Bezüglich der Vorschläge der Bezirksausschüsse habe man in der Vorlage der Verwaltung dargelegt, weshalb der Standort in der Innenstadt sein sollte, sagt Herr Engert. Trotzdem habe sich die Verwaltung über den Versuch der Bezirksausschüsse gefreut, die Kammerspiele in deren Bereich zu bekommen. Dies zeige, dass es auch Bürger gebe, welche die Kammerspiele durchaus als attraktiv und klare Aufwertung empfinden. Diesen Aspekt sollte man nicht vergessen, wenn man an den Druck der Öffentlichkeit denke, untermauert Herr Engert.

Stadträtin Hagn schließt sich der Meinung von Stadtrat Dr. Schuhmann an. Die Ausschussgemeinschaft FDP/JU stehe hinter dem Projekt Kammerspiele und aus städteplanerischer Sicht auch hinter dem jetzigen Standort. Es mache keinen Sinn, wieder in Planungen einzusteigen, die der Stadtrat bereits vor ihrer Zeit als Stadträtin beschlossen habe. Es habe sich gezeigt, dass sich die Alternativ-Standorte nicht realisieren ließe. Deshalb plädiert die JU dazu, die Planungen zu beenden. Solange keiner sage, dass sich die Kammerspiele an diesem Standort nicht realisieren ließen

und auch die Kosten nicht völlig durch die Decke gingen, stehe die JU hinter dem Projekt. Aktuell gebe es keinen Grund umzuschwenken, führt Stadträtin Hagn aus.

Was den öffentlichen Druck und die momentane finanzielle Situation betreffe, ist Stadträtin Leininger der Meinung, dass man sich auf die Ergebnisse und Prüfungen der Verwaltung berufen könne. Diese sehe sie als eine Art Handzettel, mit dem man auf die Straße gehen könne, um den Neubau der Kammerspiele zu begründen. Zudem gebe es ihrer Ansicht nach zwischen dem MKKD und den Kammerspielen einen entschiedenen Unterschied. Nämlich die 75 Prozent Förderzuschuss vom Freistaat Bayern. Mit diesen Argumenten könne man den Bürgerinnen und Bürgern erklären, weshalb man ein weiteres großes Projekt anpacken möchte. Sie versteht Stadtrat Achhammer nicht, weshalb dieser immer noch mit dem Standort unglücklich sei. So eine Botschaft an den Bürger müsse man auch begründen können. Sie halte den Standort aus städteplanerischer Sicht für hundertprozentig richtig. Im Hinblick auf den Untergrund des MKKDs und den dort vorgefundenen Überraschungen möchte Stadträtin Leininger noch einmal konkret wissen, ob so ein Fehler an diesem Standort überhaupt möglich sei, angesichts der Tatsache, dass hier die Tiefgarage stehe und Baumaßnahmen in der Vergangenheit bereits stattgefunden haben. Ansonsten wünsche sie sich mehr Durchhaltevermögen im Gespräch gegenüber Bürgerinnen und Bürgern.

Herr Fall denkt, dass man aufgrund der Vielzahl an historischen Unterlagen und vor dem Hintergrund, dass INKoBau nachträglich noch Untersuchungen hinsichtlich der Lastabtragung vornehmen möchte, auf einem sehr hohen Niveau sei. Zudem sehe das Grundkonzept erst gar nicht vor, unter die bestehende Fahrbahn bzw. nur teilweise zur Ertüchtigung von Fundamenten zu gehen, betont er. Je weniger Spezialtiefbau desto besser. Diese Vorgabe habe man dem Tragwerksplaner mitgegeben.

Stadtrat Köhler empfinde es als Aufgabe eines Stadtrates, Anträge so explizit zu stellen. Immerhin brauche man eine gewisse Absicherung. Er denke, dies habe man mit der heutigen Vorlage der Verwaltung zu aller Zufriedenheit geschafft. Auch er sei ein Verfechter des Standortes der Kammerspiele an diesem Ort. Er hofft, das Thema im Dezember gemeinsam über die Bühne zu bekommen.

Nach den Worten von Stadtrat Dr. Schuhmann seien sich damals alle einig gewesen, zwischen Theater Ost und dem Neuem Schloss aus städtebaulichen Gründen nichts zu errichten. Deshalb sei nur noch dieses Dreieck zur Donau hin übrig geblieben,

erinnert er. In seinen Augen bekomme man dort mit dem Herzogskasten, dem Hämerbau und den Kammerspielen einen Kulturplatz, von dem manch andere Stadt träumen würde. Stadtrat Dr. Schuhmann erbittet, diesen Standort nicht immer wieder in Frage zu stellen. An Stadtrat Over gerichtet, fragt sich Stadtrat Dr. Schuhmann, wer denn den öffentlichen Druck erzeuge? Seien es nicht manchmal die Stadträtinnen und Stadträte selber, die sich an den Donaukurier wenden und sich beklagen? Diese Frage wolle er schon auch mal in diesem Raum stellen dürfen.

Stadtrat Achhammer erklärt, dass sich alle drei Sieger des Wettbewerbs für diesen einen Standort ausgesprochen hätte. Nur aus diesem Grund habe er damals für den Standort gestimmt. Er stellt klar, dass die CSU-Stadtratsfraktion bereits im Vorfeld des Wettbewerbs schon immer für einen anderen Standort gewesen sei. Die CSU bevorzuge nach wie vor einen Anbau im Süden des Stadttheaters. Aus seiner Sicht gebe es mehrere Gründe, welche gegen den jetzigen Standort an der Schutterstraße sprechen. Im übrigen habe er auch Zweifel, wie eine Einbindung der Schutterstraße und Schlosslände dort funktionieren soll. Weiter berichtet Stadtrat Achhammer von einem Gespräch zwischen dem Projektleiter der Tiefgarage Theater West und dem Bauleiter der Tiefgarage Theater Ost. Nach seinen Worten soll der Bauleiter der Tiefgarage Theater Ost gesagt haben: "Ihr seid verrückt, wenn ihr dort hinbaut". Deshalb bittet Stadtrat Achhammer darum, den Bauleiter der Tiefgarage Theater West in die nächste Sitzung des zuständigen Gremiums einzuladen, um die baulichen Gegebenheiten der Tiefgarage Theater West zu erläutern. Er sei sich sicher, dass man auf einem guten Weg sei. Trotzdem wolle er sich nochmal eine Bestätigung von einer neutralen Person einholen, um auf der sicheren Seite zu sein. Außerdem beantragt Stadtrat Achhammer, die Überlegungen von Planungen zum Bau der Kammerspiele im Klenzepark unter Punkt 2 des Beschlussantrages wiederaufzunehmen. Er wolle dadurch keine Abstimmung oder parallele Untersuchung des Standortes herbeiführen, sondern diese Option lediglich bis zur Vorlage der Projektgenehmigung im Dezember offen halten. Sollte dieser Antragspunkt bis dahin von der CSU-Stadtratsfraktion noch bestehen, könne man darüber abstimmen, schlägt er vor.

Insofern würde man Punkt 2 des Beschlussantrages so umformulieren, sodass die Überlegungen zum Klenzepark bis zur endgültigen Entscheidung über den jetzigen Standort zurückgestellt werden, stellt Herr Enget fest. Dies könne man tun, bejaht er.

Stadtrat Achhammer bestätigt die Aussage von Herrn Engert.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ergänzt, somit hätte man einen Plan B.

Stadträtin Volkwein sagt, sie erlebe gerade ein Déjà-vu. Man habe von Herrn Engert gehört, weshalb dieser Raum aus diversen Gründen nicht zur Verfügung stehe. Jetzt komme man wieder mit dem Vorschlag.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sagt, sie habe die Bitte von Stadtrat Achhammer als Plan B verstanden, falls der jetzige Standort nicht möglich sei.

Herr Fall ist der Meinung, egal um welchen Standort es sich handle, man führe überall ähnliche Diskussionen. Im Klenzepark gebe es klare Hinweise darauf, dass mit Archäologie und Kontaminierung zu rechnen sei. Zudem gebe es kein Gründungskonzept, da man den Boden nie untersucht habe. Das bedeute, man hätte bei Weitem nicht so eine Basis von Grundlagen wie an dem jetzigen Standort, warnt er. Bezüglich eines Anbaus am Theater weist Herr Fall darauf hin, dass man dort erst einmal selbst eine Baugrube mit entsprechender Baugrubenabsicherung (z.B. einer Schlitzwand) bauen müsste, welche hingegen beim jetzigen Platz bereits vorhanden sei.

Stadtrat Lipp stellt klar, dass es damals nicht immer einheitliche Beschlüsse gegeben habe. Zum Bebauungsplan im Stadtrat vor einem halben Jahr habe es Gegenstimmen der AfD-Stadtratsfraktion und der FW-Stadtratsfraktion gegeben. Bezüglich der finanziellen Lage und der Kostensteigerung des MKKDs halte es Stadtrat Lipp für richtig, sich zu überlegen, ob man sich die Kammerspiele noch leisten könne. Die Ausweichspielstätten hinterlassen zwar ein schönes Gebäude, aber man habe trotzdem Folgekosten. Deshalb plädiere er dafür, Übergangslösungen mit Minimalkosten, beispielweise die von Stadtrat Pauling vorgeschlagene Zeltvariante oder den Turm Baur weiterzuverfolgen. Weiter macht er darauf aufmerksam, dass es sich bei den Förderzuschüssen, die von Bund und Land gewährt werden, auch nur um Steuergelder handle. Darüber sollte man sich im Klaren sein, wenn man ständig von Steuergeld spreche, untermauert Stadtrat Lipp.

Die FW-Stadtratsfraktion stehe grundsätzlich auch hinter den Kammerspielen, gibt Stadtrat Reibenspieß bekannt. Von Anfang an seien jedoch auch sie gegen diesen Standort gewesen, weil sie ihn nicht für geeignet halten. Deshalb haben die Freien Wähler den Kontakt zu Herrn Weber und seinem Team gesucht, um ihren Wunsch-Standort zu erklären. Dies wollten sie unbedingt kommunizieren, warum das so ist.

Bezüglich der erwähnten 75 Prozent Förderzuschuss, stellt Stadtrat Reibenspieß klar, dass dies nicht bedeute, dass die Stadt deshalb nur 25 Prozent an Kosten tragen müsse. Das werde schon etwas mehr sein.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ergänzt, dass es sich beim Förderzuschuss immer um die förderfähigen Kosten handle.

Herr Engert bestätigt, dass sich der Zuschuss auf die förderfähigen Kosten beziehe. Da bei den Kammerspielen relativ wenig nicht förderfähige Flächen, wie z.B. große Gastronomien gebaut werden sollen, dürfte die Förderquote relativ gut sein, meint er. Man schätze die Fördersumme auf 60 Prozent bzw. 2/3 der Gesamtkosten, was schon ein erheblicher Bereich sei. An Stadtrat Lipp gewandt, sagt Herr Engert, dass man auch bei einer Zeltlösung auf eine Summe von 10 bis 15 Mio. Euro kommen würde. Hier wäre man mit Sicherheit nahe an dem Anteil, den man auch für die Kammerspiele leisten müsse, unterstreicht Herr Engert. Das heißt, diese Lösung habe für Ingolstadt keinen Vorteil, sondern nur Nachteile. Den Standort am Klenzepark möchte er im Moment nicht weiterverfolgen. Dort gebe es mit Sicherheit Bodenrisiken, die man noch nicht untersucht habe, betont Herr Engert. Im übrigen gebe es in Ingolstadt an fast jedem Standort Bodenprobleme, da man sich am Donaubecken befinde und aufgrund der Nähe zum Grundwasser einen sehr weichen Untergrund habe. Dies wolle Herr Engert noch einmal klarstellen, da ihn hier auch vermehrt Nachfragen zu den Schulbauten erreichen. Ein Anbau im Süden des Theaters sei nach Worten von Herrn Engert aufgrund des Urheberrechts nicht möglich. Herr Engert sei sehr zuversichtlich, dass man mit dem jetzigen Standort auf einem guten Weg sei. Als abschließende Bemerkung sagt Herr Engert an Stadtrat Reibenspieß gerichtet, dass man hinter den Kammerspielen stehen könne, aber ohne Standort sei dies eine ziemlich allgemeine Erklärung. Das heißt, man brauche einen Standort, sonst werde es zum Schluss keine Kammerspiele geben.

Stadtrat Achhammer beharrt darauf, unter Punkt 2 des Beschlussantrages wenigstens den Passus "werden erstmal nicht weiterverfolgt" aufzunehmen. Damit wäre die CSU-Stadtratsfraktion zufrieden. Er wolle die Option nur nicht ganz ausschließen. Er sei sich sicher, wenn damals bei den drei Wettbewerbssiegern ein Teilnehmer dabei gewesen wäre, der einen vernünftigen Südanbau am Theater vorgesehen hätte, dann hätte man das Urheberrecht bestimmt auch angreifen können. Damit hätte man heute eine Alternative, die man jetzt nicht habe. Weiter begehrt Stadtrat Achhammer eine Einladung des Bauleiters der Tiefgarage Theater

West entweder zur nächsten Sitzung des Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit oder des Stadtrates.

Herr Fall informiert, man habe sich bereits mit dem Bauleiter der Tiefgarage Theater West verständigt und gesagt, man wolle sich noch einmal zusammensetzen, wenn das Konzept tiefer stehe. Schließlich habe man Tragwerksplaner und Baugrundgutachter, die Raum benötigen, um ihre Ergebnisse erreichen zu können. Für einen Dialog mit dem Bauleiter schlägt Herr Fall einen separaten Termin in einem anderen Rahmen vor. Hierzu können vielleicht auch interessierte Bürger teilnehmen. Wichtig dabei sei ihm, dass dies erst zu einem Zeitpunkt geschehe, wenn das Konzept des Tragwerks stehe. Sonst rede man wieder über Dinge, die final noch nicht entschieden seien.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll hält den Vorschlag von Herrn Fall für sinnvoller, da sie bereits einen Blick in die Tagesordnung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit geworfen und festgestellt habe, dass diese ähnlich lang sei wie die heutige Tagesordnung. Für eine Spezialdiskussion sei ihres Erachtens deshalb ein anderes Format geeigneter.

Stadträtin Leininger bezieht sich auf den Kommentar von Stadtrat Achhammer. Ein neutraler Gutachter, der sagt "ihr seid verrückt", stelle in ihren Augen keine Neutralität her.

Stadtrat Achhammer meint, dies habe ein anderer gesagt.

Eine Fachdiskussion in einem Ausschuss oder Stadtrat zu halten, hält Stadträtin Leininger für fatal. Letztendlich ziehe man wieder das heraus, was man hören wolle und es ende in einer Endlosschleife.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll fasst abschließend zusammen, dass eine Spezialdiskussion zwischen dem Bauleiter der Tiefgarage Theater West, den tätigen Spezialisten von damals und heute in einem geeigneten Format stattfinden könne. Für mehr Transparenz könne eine Teilnahme von Bürgern ermöglicht werden. Weiter erkundigt sie sich, ob die Ausschussmitglieder mit der Formulierung "werden momentan nicht weiterverfolgt" unter Punkt 2 des Beschlussantrages einverstanden seien.

Abstimmung über Antrag der Verwaltung:

Mit allen Stimmen befürwortet:

1. Die Stellungnahmen der Verwaltung und der INKoBau zu den Anträgen der SPD-Fraktion vom 04.05.2021 und der UWG-Fraktion vom 25.03.2021 und 05.05.2021 werden zur Kenntnis genommen.
2. Überlegungen oder eine Wiederaufnahme von Planungen zum Bau der Kammerspiele im Klenzpark, wie von der CSU-Fraktion mit Antrag vom 14.05.2021 beantragt, **werden momentan nicht weiter verfolgt.**
3. Die Standortüberlegungen der Bezirksausschüsse Südost und Nordwest zur Situierung der Kammerspiele werden nicht weiterverfolgt.

3 . **Generalsanierung Stadttheater**

Kenntnisnahme

Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 12.04.2021
Vorlage: V0293/21

Die CSU-Stadtratsfraktion stellt folgenden **Antrag**:

Die Sanierungsarbeiten des Stadttheaters sollen umgehend weitergeführt werden. Dabei ist es wichtig, auch Bestandteile der geplanten Generalsanierung vorzuziehen.

Begründung:

Wie Altoberbürgermeister Peter Schnell in einem öffentlichen Schreiben vor kurzem zu Recht betonte, bestehen nach wie vor, trotz durchgeführter Bauunterhaltungsmaßnahmen und Neuinvestitionen, immer noch vorhandene bauliche Probleme, die es dauerhaft zu lösen gilt. Er bezieht sich dabei bspw. auf die Belange der Arbeitssicherheit, dem Zustand von Strom- und Wasserleitungen sowie der Lüftungsanlage im Festsaal des Großen Hauses. Weitere zeitliche Verzögerungen kosten zusätzlich Geld.

In der letzten Sitzung des Aufsichtsrates der INKOBau GmbH wurde der Zeitplan für den Bau der Kammerspiele bekannt gegeben. Demnach wird mit der Fertigstellung der Kammerspiele (frühestens) im Jahr 2025 gerechnet.

Eine Brandschutzsanierung wurde im Stadttheater durchgeführt und die Betriebsgenehmigung bis 2022 erteilt. Es ist davon auszugehen, dass die Betriebsgenehmigung zur Überbrückung der Bauphase der Kammerspiele verlängert werden muss. Andererseits wissen wir aus den Erfahrungen der letzten Bauprojekte, dass sich aus verschiedenen Gründen erhebliche Bauverzögerungen ergeben können.

Nachdem der Theaterbetrieb Corona bedingt bedauerlicherweise seit einem Jahr fast durchgehend zum Erliegen gekommen ist und noch nicht abzusehen ist, wann der „normale“ Betrieb wieder aufgenommen werden kann, sollte die Zeit genutzt und die Sanierung unverzüglich, aufbauend auf die in den letzten Jahren erfolgten Renovierungsarbeiten, weitergeführt werden.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0486/21.

Kenntnisnahme

**Beschlussvorlage der Verwaltung
(Referent: Herr Engert)
Vorlage: V0486/21**

Antrag:

Von der Stellungnahme von INKoBau zum Antrag der CSU-Stadtratsfraktion zur Generalsanierung des Stadttheaters vom 12.04.2021 wird Kenntnis genommen.

*Der Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 12.04.2021 **V0293/21** und die Beschlussvorlage der Verwaltung **V0486/21** werden gemeinsam behandelt.*

Stadtrat Köhler bemerkt, dass in der Stellungnahme von INKoBau kein Datum enthalten sei. Er möchte von Herrn Fall wissen, ob er hierzu irgendeinen Zeitplan nennen könne.

Herr Fall sagt, momentan sei man auf der Suche nach Planern. Es handle sich um ein komplexes Unterfangen, da man keinen Generalplaner, sondern verschiedene Gewerke brauche. Die Verwaltung hoffe darauf, die komplette Planermannschaft bis Anfang des nächsten Jahres an Bord zu haben, um die Sanierungsplanung aufnehmen zu können. Dieser Zeitraum passe sehr gut mit dem Anbau der Kammerspiele und den Synergieeffekten zum bestehenden Stadttheater zusammen, meint Herr Fall. Die Sanierungskonzepte seien vorbereitet, um einen relativ zügigen Planungsablauf gewährleisten zu können.

Stadtrat Lipp bezieht sich auf den Denkmalschutz. Da er erst seit einem Jahr Stadtratsmitglied ist, möchte er wissen, was es mit dem Denkmalschutz und dem Stadttheater auf sich habe.

Herr Engert antwortet, dass das Gebäude ein Gebäudedenkmal sei und deswegen denkmalschutzgerecht saniert werden müsse. Das bedeute, dass das Landesamt für Denkmalpflege alle Sanierungsschritte mitbegleite.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ergänzt, dass daneben wahrscheinlich auch das Urheberrecht noch von Relevanz sei.

Der Antrag wird zur Kenntnis genommen.

Beratend

4 . Weiterführung des Zuschusses an das AUDI Konfuzius-Institut Ingolstadt (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0250/21

Antrag:

Der Weiterführung des jährlichen Zuschusses i.H.v. 40.000 € an das AUDI Konfuzius-Institut Ingolstadt für die nächsten zwei Jahre (2022-2023) wird zugestimmt. Eine weitere Finanzierung über das Jahr 2023 hinaus wird seitens der Stadt Ingolstadt nicht gewährt.

Die ÖDP-Stadtratsgruppe schließt sich dem damaligen Antrag der FDP-Stadtratsgruppe an, gibt Stadtrat Over bekannt. Ihm ist wichtig zu betonen, dass es bei der Sache nicht um Geld gehe. Er hat das Gefühl, man spreche hier über trojanische Pferde, so Stadtrat Over. Wenn die große Politik nicht in der Lage oder Willens sei, große Zeichen zu setzen, dann möchte er, dass die Kommunalpolitik in Ingolstadt ein kleines Zeichen setzt. In seinen Augen dürfe die Audi AG und die THI das Konfuzius-Institut gerne weiterhin unterstützen. Angesichts der geopolitischen und politischen Situation werde die ÖDP-Stadtratsgruppe definitiv dagegen stimmen, so Stadtrat Over.

Das Konfuzius-Institut sei ganz klar eine Institution, die von der Partei finanziert werde, pflichtet Stadträtin Volkwein bei. Das Institut sei Teil des Einflusses und Propagandaapparats der kommunistischen Partei Chinas. Für sie spanne sich jetzt auch noch ein undemokratischer Bogen. Dieser beginne beim Dalai Lama in Tibet, gehe weiter zu den Uiguren bis hin zur heutigen Presse- bzw. Nicht-Pressefreiheit in Hongkong. Stadträtin Volkwein weist daraufhin, es gebe Universtitäten wie z.B. die Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf, welches zwar 2006 ein Institut an ihrer Uni gegründet, aber im April 2020 aus guten Gründen wieder verabschiedet habe.

Ebenso habe die Universität Trier ihre Kontakte eingestellt, nachdem weitere Professoren massiv unter Druck gesetzt worden seien. Stadträtin Volkwein appelliert an die Ausschussmitglieder, mit der Bezuschussung aufzuhören.

Stadträtin Krumwiede schließt sich inhaltlich ihren Vorrednern an. Die Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen moniert, dass in der Beschlussvorlage der Verwaltung ausschließlich warme Worte zum Konfuzius-Institut zu lesen seien. Man finde kein Wort der Kritik. Selbstverständlich halten sich die Konfuzius-Institute in Deutschland an unsere Gesetze, in China dagegen werden jedoch die Uiguren unterdrückt, in Lager gesteckt und zur Zwangsarbeit gezwungen. Die Konfuzius-Institute seien ein Propaganda-Instrument der chinesischen Regierung. Es gehe um mehr als um Tee-Zeremonien und kulturellen Austausch, bekräftigt Stadträtin Krumwiede. Nach ihren Worten ließ der Staats- und Parteichef Xi Jinping 2018 im Staatsfernsehen verkünden, dass die Institute dem Aufbau einer sozialistischen Kultur und Diplomatie chinesischer Prägung dienen. In ihren Augen vermittele dies ein Bild der Konfuzius-Institute im Sinne der Kommunistischen Partei. Stadträtin Volkwein erörtert, die chinesische Regierung habe eine ideologisch propagandistische Zielsetzung und stehe im Fokus der Kritik. Auch die Bundesregierung warnt, die Institute seien Instrumente in Chinas Soft-Power-Strategie. Ganz besonders problematisch findet die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass die Konfuzius-Institute in Deutschland direkt an Universitäten angesiedelt seien. Hauptsponsor in Ingolstadt ist die THI. Mit der THI und der Uni Eichstätt gebe es Kooperationen. Stadträtin Krumwiede informiert, dass andere Länder bereits reagiert haben und dies anders handhaben. Das Konfuzius-Institut in Brüssel sei nach Spionage-Vorwürfen geschlossen worden. In Schweden, der Schweiz und der Niederlanden sollen Universitäten ihre Zusammenarbeit mit den Konfuzius-Institut eingestellt haben. Die Grünen kritisieren, dass hierüber kein Wort in der Beschlussvorlage steht. Sie sind strikt gegen eine Fortsetzung der städtischen Zuschüsse für das Audi Konfuzius-Institut und werden die Vorlage ablehnen, teilt Stadträtin Krumwiede mit.

Stadträtin Hagn bestätigt, auch die Ausschussgemeinschaft FDP/JU sehe es nicht als Aufgabe der Stadt, dem Konfuzius-Institut diese weitere Förderung zukommen zu lassen. Wenn die Audi AG das weiterbetreiben möchte, mögen sie das tun, aber auch sie denke, dass man den städtischen Zuschuss nicht mehr weitergewähren sollte. Deswegen werde sie der Vorlage nicht zustimmen, so Stadträtin Hagn.

Stadtrat Reibenspieß trägt vor, die FW-Stadtratsfraktion werde ebenfalls nicht für die Weiterführung des Zuschusses stimmen. Gründe seien bereits genügend genannt worden.

Stadtrat Dr. Schuhmann sagt, ihm sei bewusst, was in China an weiterer Verschlechterung passiere. Trotzdem hält er den Vorschlag der Verwaltung für vertretbar. Nach seinen Aussagen soll eine gemeinsame konzentrierte Aktion mit anderen Städten erfolgen. In zwei Jahren wolle man mit der Bezuschussung aufhören. Dies habe der Oberbürgermeister in der SPD-Fraktionssitzung mitgeteilt und sei auch vom Kulturreferat so kolpolitiert worden. Dadurch sei seines Erachtens der Eindruck auf China unter Umständen größer, als ein Austritt einer einzelnen Stadt. Deswegen könne Stadtrat Dr. Schuhmann trotz Bauchschmerzen den vertretbaren Gründen der Verwaltung zustimmen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll versteht die Verwaltungsvorlage mehr als Exit-Strategie als eine Weiterführung zusammen mit der Audi AG.

Die CSU-Stadtratsfraktion lehne den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft grundlegend auch ab, äußert Stadtrat Dr. Schickel. Trotzdem halten sie den Vorschlag der Verwaltung für einen tatsächlich gangbaren Kompromiss sowie einer guten Exit-Strategie.

Herr Engert sagt, das Thema sei ein sehr zweiseitiges Schwert. Auf der einen Seite beziehe man einen großen Teil unseres Wohlstandes aus China und auf der anderen Seite stehe dort deutlich eine verschlechterte Situation, wo man das Bedürfnis habe, ein Zeichen zu setzen. Die Verwaltung habe auf diese Diskussionen mit einer Begrenzung des Zuschusses auf zwei Jahre reagiert. Herr Engert hält dies für eine faire Maßnahme, auch der THI und Audi AG gegenüber. Es schaffe ein Zeitfenster, in dem sich das Konfuzius-Institut neu strukturieren und überlegen kann, ob sie eine eigene Finanzierung auf die Beine stellen müssen. Zudem beinhalte die Verwaltungsvorlage die Herstellung einer Übergangs- und Exitsituation, welche auch der THI entgegenkomme, da diese unbedingt an diesem Institut festhalten möchte. Weiter nimmt Herr Engert Anstoß an den genannten Beispielen der ausgestiegenen Städte. Nach seinen Worten gebe es auch Städte wie z.B. Heidelberg, welche entschieden haben, am Konfuzius-Institut festzuhalten. Insofern gebe es immer zwei Seiten bei der Diskussion. Diesen beiden Seiten wolle die Verwaltung mit dem Vorschlag der zwei Jahre unter Berücksichtigung des Aussteigens, gerecht werden.

Stadtrat Over sagt, sein Mitleid für das Konfuzius-Institut in Ingolstadt neue Geldgeber zu finden, halte sich arg in Grenzen. Wenn Ingolstadt so eine Macht hinter sich stehen hätte wie das Konfuzius-Institut mit der chinesischen Volksrepublik, könnte Ingolstadt 13 Stadttheater bauen, so Stadtrat Over.

Herr Engert entgegnet, es gehe nicht um Mitleid, sondern um den Umgang miteinander. An Stadtrat Over gerichtet, im Hinblick auf seine Aussage zum "Trojanischen Pferd" merkt Herr Engert an, Ingolstadt sei nicht Troja, welches bald von den Chinesen gekapert werde. Ingolstadt sei durchaus in der Lage zu sortieren, was dort geschehe und sich entsprechend selbstbewusst zu verhalten.

Gegen 6 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Beratend

5 . Errichtung einer "inklusive Mittelschule Südost" -Projektgenehmigung (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0441/21

Antrag:

1. Für die geplante Baumaßnahme " Errichtung einer inklusiven Mittelschule" (incl. Jugendarbeit) wird die Projektgenehmigung erteilt. Die Planung ist auf eine schulaufsichtlich genehmigte Hauptnutzfläche von 6.708 m² ausgerichtet.
2. Die Gesamtkosten von 46.790.000 € Gebäude, plus Aussenanlagen, plus 4.095.000 €, plus bis zu 2.850.000 € Entsorgungskosten Altlasten und Erschließungskosten des Grundstücks, plus nach dem Index angenommene Baukostensteigerung bis zum Ende der Bauzeit 10,5 % für Gebäude und Außenanlagen 3.500.000 € werden zur Kenntnis genommen.
3. Die Freigabe der weiteren Planungsleistungen wird genehmigt.
4. Die Beauftragung von Projektsteuerungsleistungen für die Leistungsphasen 3 teilweise und Leistungsphasen 5-9 wird befürwortet.
5. Die in der Vorlage dargestellten Mehrkosten und Mittelbedarfe sind im Rahmen im Investitionsprogramm 2022 ff bei der Haushaltsstelle 213000.940300 anzumelden.

Stellungnahme des Jugendhilfeausschusses vom 24.06.2021:

Herr Engert erklärt, dass diese Vorlage die Projektgenehmigung für die Mittelschule Südost beinhaltet. Vorausgehend zu dieser Projektgenehmigung gab es im Juni 2019 eine Programmgenehmigung. In dieser wurde der Schulbau mit dem inklusiven Ganztags an dieser Stelle mit dem Raumprogramm der Schule und dem Jugendtreff beschlossen. Auf Basis dieses Programmbeschlusses des Stadtrats, wurde ein Planungsauftrag an ein Architekturbüro vergeben. Dieser Planungsauftrag ist inzwischen soweit, dass in diesem Jugendhilfeausschuss die Projektgenehmigung

vorgelegt werden kann. Wie der Vorlage zu entnehmen ist, handelt es sich um einen sehr umfangreichen Schulbau, der 6.700qm Hauptnutzfläche umfasst und auf dem Gelände, wie den Unterlagen zu entnehmen ist, unterzubringen ist. Dies funktioniert an der Stelle deshalb, weil dort Sportanlagen vorhanden sind, die nicht auf dem Gelände errichtet werden müssen, wie die Paul-Wegmann-Halle, bzw. die angrenzende Sportanlage. Die enormen Kosten für diese Maßnahme sind der Vorlage zu entnehmen. Es wurde mit dem Preisindex gerechnet, von welcher Kostensteigerung für die Bauzeit auszugehen ist. Die Außenanlagen sowie die Dekontaminierung des Grundstücks wurden ebenfalls rechnerisch berücksichtigt. Das Grundstück lässt Altlasten in größerem Umfang erwarten, da es nach dem Krieg aufgeschüttet worden ist. Im Krieg war das Grundstück, da es neben dem Bahnhof liegt, vielen Angriffen ausgesetzt. Insgesamt beträgt die Summe, die für den Bau bis zum Abschluss benötigt wird, über 50 Millionen Euro. Eine gewisse Unschärfe ist insofern zu erkennen, da keiner weiß, wie der Preisindex in den nächsten 4-5 Jahren zu erwarten ist. Hier handelt es sich um Risiken, die nicht hundertprozentig abzuschätzen und zu berechnen sind. Ansonsten ist er der Meinung, dass es sich hier um eine sehr gut geprüfte Vorlage handelt, um die Projektgenehmigung für die Schule zu erhalten, falls der Stadtrat diese erteilt. Sobald der Stadtrat beschließt die Projektgenehmigung zu genehmigen, wird diese in der Verwaltung umgesetzt. Er hofft, dass zügig vorangekommen wird, da der Schulraum dringend benötigt wird. Außerdem geht Herr Engert auf das Thema Inklusion ein. Es handelt sich um eine Schule mit dem Profil der Inklusion. In diesem Fall bedeutet dies, dass in Zusammenarbeit mit dem Caritas-Zentrum St. Vinzenz, Partnerklassen gebildet werden und Schüler mit Mehrfachbehinderungen aus St. Vinzenz mit den Schülern aus dieser Schule gemeinsam unterrichtet werden und gemeinsame Projekte angehen. Die entsprechenden Räume werden an dieser Schule vorhanden sein. Er ist der Meinung, dass dies ein sehr überzeugender Ansatz und ein sehr überzeugendes Modell ist. Dies hat Auswirkungen für das Umfeld. Es muss ein entsprechender Bereich für die Busse, die die Kinder bringen, geschaffen werden. Dies ist in der Planung enthalten und berücksichtigt.

Insofern ist er der Meinung, dass dort eine sehr gute, zukunftsorientierte Mittelschule entstehen kann. Mit einem Jugendtreff, der vom Gebäude so abgesetzt ist, dass er völlig eigenständig, auch in Zeiten in der die Schule geschlossen ist, betrieben werden kann.

Herr Moser hinterfragt, ob bei diesem Schulbau, oder auch bei anderen zukünftigen Bauten im Bereich Lüftung und Sanitär, mit HEPA-Luftfiltern geplant worden ist. Er ergänzt, dass eine nächste Pandemie kommen wird.

Herr Hoffmann antwortet, dass, obwohl die Vorlage nicht aus dem Referat VI kommt, sondern in diesem Fall aus dem Referat IV, er diese Frage trotzdem beantworten kann. Bei den zukünftigen Schulbauten werden in den Bereichen, in denen eine zentrale Lüftungsanlage eingebaut wird, entsprechende Filter berücksichtigt. Dadurch werden die Kosten leider nicht günstiger. Damit sei man, im Falle einer nächsten Pandemie jedoch auf der sicheren Seite und sei vorbereitet.

Herr Engert ergänzt, dass die Gebäude alle mit einer Lüftungsanlage versehen sind und der Luftaustausch findet über die Anlage statt. Dann ist es nicht mehr nötig, ein Fenster zu öffnen um frische Luft zu bekommen.

Frau Bürgermeisterin Kleine hinterfragt, ob trotzdem die Fenster noch geöffnet werden können.

Herr Engert entgegnet, dass er selbst in keinem Gebäude lernen oder arbeiten möchte, in dem die Fenster nicht geöffnet werden können. Er beteuert, dass sehr darauf geachtet wird, dass auch in Schulen die Fenster weiterhin geöffnet werden können.

Herr Hoffmann ergänzt, dass bei Passivhäusern, die am Ende einer Dichtigkeitsprüfung oder einem Blower Door Test unterworfen werden, inzwischen auch die Fenster geöffnet werden können. Nur dann können sich die Bewohner auch wohlfühlen. Er betont, dass es wichtig ist, dass Fenster geöffnet werden können

Herr Stadtrat Niedermeier möchte wissen, wie weit dieser Bau modellhaft für die anderen Bauten ist. Außerdem soll das Cluster-System hier greifen. Seine Frage dazu ist, ob die einzelnen Cluster so abschließbar sind, dass bei einem eventuellen Amoklauf, die Cluster in sich abschließbar sind und in auch einen eigenen Fluchtweg haben. Des Weiteren ist er erschrocken, als er unter dem Punkt 2 „Bodenverhältnisse“ gelesen hat, dass auf Grund der geologischen Lage des Baugrundstücks, ehemaliger Flusslauf der Donauschleife, ein inhomogener Baugrund vorgefunden wurde. Bedingt durch die verminderte Tragfähigkeit wird eine aufwendigere Gründung, eine Pfahlgründung/Flachgründung, notwendig. Er äußert seine Bedenken darüber und bezieht sich auf das Museum für Konkrete Kunst.

Herr Engert geht auf die in 4.2. genannte Bodenbeschaffenheit ein. Er erklärt, dass die Bodenverhältnisse, die mit der Flusslandschaft in Ingolstadt zusammenhängen, an vielen Stellen an denen gebaut wird, vorzufinden sind. Als Beispiele nennt er die Emmi-Böck-Schule in Zuchering, bei der eine aufwendigere Gründung notwendig war, als ursprünglich geplant. Im Fall der Mittelschule Südost wurde ein Bodengutachten gemacht. Das Bodengutachten empfiehlt auch für die Statik des Gebäudes einen größeren Keller zu bauen, als es ursprünglich vorgesehen war. Erst war ein reiner Technikkeller geplant. Es ist davon auszugehen, dass es ausreichend untersucht wurde und es so funktioniert, wie es vorgeschlagen wurde. Grundsätzlich ist es in Ingolstadt überall ein Problem, da die Landschaft stark von der Flussgeschichte gezeichnet ist und der Untergrund die entsprechenden Probleme mit sich bringt.

Ebenfalls äußert sich Herr Engert zu den Clustern. Alle Schulen, die im Moment gebaut werden, werden nach dem Lernhauskonzept errichtet. Das bedeutet, es gibt getrennte Lernhäuser, in denen die Schule entscheiden kann ob sie die Jahrgänge horizontal oder vertikal unterbringt. Herr Engert kann die Frage nicht beantworten, ob die Cluster komplett abschließbar sind, da es mit Fluchtwegen zu tun hat und jedes Lernhaus einen eigenen Brandabschnitt hat. Dies müsste er hinterfragen und verweist auf Herrn Hoffmann.

Herr Hoffmann erklärt, dass die Lernhäuser mit Panikverriegelung bzw. Magnetschließung, damit die Verriegelung im Brandfall aufgeht, gegeneinander abzuschließen sind. Der Erklärung von Herrn Engert, die die Bodenbeschaffenheit der Flusslandschaft betrifft, kann er nichts hinzufügen. Es sind auch keine Festungsbauten im Untergrund zu vermuten. Daher kann der Bau tief gründen. Er betont, dass er das Bodengutachten nicht gelesen hat. Außerdem geht Herr Hoffmann auf die Eingangsfrage von Herrn Stadtrat Niedermeier ein, ob dieser Bau vergleichbar zu anderen Schulbauten ist. Bei Kitas wurde dies so gemacht, dass der gleiche Entwurf auf ein anderes Grundstück übertragen wurde und dort nochmal das Gleiche gebaut wurde. Er erklärt, dass alle Bauten an sich immer Unikate sind und vom Grundstück abhängig sind, gerade ein großer Schulbau. Die Schule Am Augraben beispielsweise soll für ein Nachhaltigkeitszertifikat über die GMB vorgeschlagen werden. Vorher soll es einen Architektenwettbewerb geben. Dort wird ein stärkeres Augenmerk auf das Bauen im zweiten Grünring und der Nachhaltigkeit gelegt. Dort wirkt es sich auch günstig aus, das Material Holz zu verwenden, wenn dies gewollt ist. Daher sind diese Bauten nicht vergleichbar. Das Lernhauskonzept jedoch wird auch bei den anderen Schulbauten umgesetzt.

Herr Stadtrat Over geht auf die Türschließsysteme ein. Er spricht Herrn Hoffmann an, ob dieser noch in Kenntnis gesetzt ist über seinen ÖDP-Antrag, der die

Kriminalprävention im Städtebau betrifft. Daher bittet er Herrn Hoffmann, speziell in den Punkten Panik und Amok an Schulen, das Thema der Türschließsysteme aufzugreifen. An Musterschulen wird auch die Wegweisung für schulfremde Personen, beispielsweise die Polizei, die wegen einem bestimmten Fall ganz schnell an einer bestimmten Stelle in der Schule sein muss, gezeigt. In diesem Antrag wurde auch darauf verwiesen und bittet darum, dass dies so bald als möglich auch in die Planung mit aufgenommen wird.

Frau Bürgermeisterin Kleine lässt dies im Protokoll vermerken und es soll beantwortet werden.

Frau Stadträtin Segerer greift das Thema Barrierefreiheit auf. Da es eine Partnerschule ist, geht Frau Segerer davon aus, dass die Hauptnutzfläche komplett barrierefrei ist. Sie möchte wissen wie es damit im restlichen Schulgebäude aussieht da beispielsweise ein E-Rollstuhl einen größeren Platzbedarf und Wendekreis hat, als ein normaler Rollstuhl der manuell bedient wird. Sie möchte wissen ob dies auch im restlichen Schulgebäude berücksichtigt wurde. Außerdem interessiert sie die Barrierefreiheit im Jugendtreff.

Herr Engert antwortet, dass alle städtischen Gebäude, die neu errichtet werden, barrierefrei sind. Dies gilt auch für den Jugendtreff. Die Planung ist in vielen Gesprächen zwischen Planer und dem Caritas Zentrum St. Vinzenz abgestimmt und auf deren Bedürfnisse ausgelegt. Insofern ist er der Meinung, dass die Radien berücksichtigt sind.

Frau Stadträtin Mader begrüßt die Zusammenarbeit mit St. Vincenz. Sie ist der Meinung, dass es eine win-win-Situation für behinderte und nicht behinderte Kinder ist.

Frau Stadträtin Mayr geht auf den sommerlichen Wärmeschutz ein. Es wird festgestellt, dass die Sommer immer heißer werden. Bereits im Juni, bevor der Sommer kam, war es auch schon sehr heiß. Für die Schüler entwickelt sich dies immer mehr zum Problem. Ihre Frage ist, wie der sommerliche Wärmeschutz erreicht werden soll. Die aktuelle Darstellung in der Vorlage ist ihr zu wenig.

Herr Engert geht darauf ein, wie das Gebäude gekühlt werden soll. Es wurde über eine Simulation erstellt, in der geprüft wird, was passiert, wenn die Außentemperatur beispielsweise 35 Grad Celsius beträgt, in wie weit sich das Gebäude in diesem Fall aufheizt. Es soll eine Wandkühlung eingebracht werden, in der dann über zirkulierendes, kühles Wasser die Gebäudehülle gekühlt werden kann. Anhand der Simulation ist dies ausreichend um die Temperatur so zu halten, dass es im Gebäude angenehm ist. Es handelt sich hierbei nicht um eine Klimaanlage, sondern es ist die Nutzung der Gebäudehülle, um eine Kühlung zu erreichen, um unter den Außentemperaturen zu bleiben. Zudem wird ein Sonnenschutz angebracht. Für den Ausschuss für Kultur und Bildung wird er seinen technischen Mitarbeiter hinzuziehen, sodass dieser es noch im Detail erklären kann. Er beteuert, dass es sehr wichtig ist, dass keine Klimaanlage eingebaut wird, da diese viele Nachteile besitzt wie beispielsweise der hohe Energieverbrauch. Es wird deshalb darauf geachtet eine Kühlung herzustellen, die mit einer anderen Methode arbeitet. Dies wird beispielsweise schon bei der FOS umgesetzt. Hier wird mit Erdwärme geheizt. Dieses Wasser, das aus der Tiefe kommt, ist im Sommer deutlich kühler als die Umgebungstemperatur und dient dann im Sommer auch zur Kühlung des Gebäudes. Ähnlich wird für den Bau der Schule in dieser Vorlage verfahren. Nach der Simulation ist dies ausreichend, um das Gebäude in einem angenehmen Zustand zu halten. Frau Bürgermeisterin Kleine betont, dass dieses Thema in 14 Tagen im Bauausschuss behandelt wird. Hier sollen diese Konzepte genau dargestellt werden. Auch die Freiflächenplanung, ob es hier auch Wasser gibt.

Herr Hoffmann möchte ergänzend hinzufügen, dass er annimmt, dass es sich um die sogenannte Bauteiltemperierung handelt, auch wenn er die Planung nicht im Detail kennt. In den Decken kann im Winter Wasser als Heizung zirkulieren und im Sommer zur Kühlung. Dies ist, gerade wenn es mit einer Grundwasserwärmepumpe verbunden wird, ein sehr gutes und nachhaltiges System. Verbunden mit einer guten Ausrichtung der Fenster, im Gegensatz zu der Umsetzung wie sie früher war, nämlich diese nach Süden auszurichten, wird dies nicht mehr so gemacht, sondern nach Norden orientiert. In der Schule ist dies ebenfalls nicht schlecht, da nie die direkte Sonneneinstrahlung mit den negativen Effekten vorhanden ist, sondern es ist hell und das Gebäude wärmt sich nicht auf. Werden auch noch die Südwände gut gedämmt, ist es so ebenfalls gut in den Griff zu kriegen. Er findet es gut, dass bereits eine Simulation gemacht wurde. Es entspricht nicht dem Standard, eine Simulation durchzuführen. Er ist der Meinung, dass es jedoch Standard werden sollte.

Frau Bürgermeisterin Kleine erklärt, dass Herr Engert in seinem Referat eine eigene Fachabteilung für Schulbauten hat. Daher ist das Thema dieses Schulbaus bei Herrn Engert angesiedelt und nicht bei Herrn Hoffmann.

Gegen eine Stimme:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Herr Engert teilt mit, dass technische Fragen in der heutigen Sitzung nicht beantwortet werden können, da der eingeladenen Projektleiter krank sei.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erwähnt, dass noch ein Verkehrskonzept benötigt werde. Der ÖPNV sei im Verkehrskonzept miteingeschlossen.

Stadtrat Reibenspieß fragt, ob die Pläne als Präsentation eingespielt werden können.

Herr Engert antwortet, dass es keine Präsentation zu den Plänen gebe.

Stadtrat Reibenspieß findet die Regelung der Ein- und Ausfahrt gut. Auch die Konzeption der Zimmer wie z.B. Elternsprechzimmer begrüßt er. Unsicherheiten habe er noch beim Pausenhof. Hierzu hätte er gerne eine Auskunft über die Nutzung der Innenhöfe, die Abtrennung von der privaten Wirtschaftsschule zur Tilly-Realschule und ob die eingezeichneten Ergo- und Logopädie Räume nur für die Schüler der St. Vinzenz-Schule zur Verfügung stehen. Den Standort der Müllsammelstelle hält er für äußerst problematisch, da dieser in einem sehr engen Korridor auf dem Schulgelände liege und sich gleichzeitig mit der Anlieferung der Küche unterscheide. Im Plan vermisse er außerdem Waschbecken in den Klassenzimmern, ausreichend Toiletten im Erdgeschoss, Spinde sowie Pläne zum Lernhauskonzept und den oberen Geschossen. Weiter möchte Stadtrat Reibenspieß wissen, welche baulichen

Maßnahmen zur Inklusion getroffen werden. Ihm sei aufgefallen, dass die Aula relativ klein sei. Er begrüßt außerdem die Außenanlage der Mensa. Hier möchte er wissen, ob die Tische fest verankert seien. Stadtrat Reibenspieß ist der Ansicht, dass jede bauliche Maßnahme Einfluss auf die Qualität hat, vor allem auch planerische Fehler. Deshalb stelle er so detaillierte Fragen zu diesem Bau.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll merkt an, dass all diese Fragen nicht aus dem Stegreif beantwortet werden können.

Herr Engert bestätigt, dass er diese Fragen nicht alle im Detail beantworten könne. Er wisse nicht, ob die Tische in der Pausenfläche angeschraubt werden oder nicht. Solche Details werde man im Planungsprozess besprechen. Die gesamte Schule soll nach dem Lernhauskonzept gebaut werden. Das bedeute, dass es innerhalb der relativ großen Schule kleinere Einheiten geben soll, welche geschlossen für sich agieren. Hierbei könne die Schule zwischen einem vertikalen oder horizontalen Lernhauskonzept unterscheiden. Nach Worten von Herrn Engert soll die komplette Schule für Inklusion gebaut werden. Dies könne man z.B. an der Vorfahrtstraße der Busse erkennen. Diese sei so ausgelegt, dass sie Kinder von der St. Vinzenz-Schule hertransportieren kann. In Zusammenarbeit mit St. Vinzenz sollen nämlich auch schwerbehinderte Kinder in Partnerklassen mit unterrichtet werden. Zur Klärung der weiteren detaillierten Fragen von Stadtrat Reibenspieß schlägt Herr Engert einen Sondertermin vor. Weiter geht er auf das Verkehrskonzept des Verkehrsmanagements ein. Dieses sei nach Vorstellung vom BZA Südost akzeptiert worden sein. Falls es im Straßenraum noch zu Veränderungen kommen sollte, werde es vom Tiefbauamt zum Thema Straßenbau noch eine separate Vorlage geben, kündigt er an. Bezüglich der Wirtschaftsschule erklärt Herr Engert, dass zwischen den beiden Schulen, aus aufsichtsrechtlichen Gründen, ein Zaun errichtet werden muss. Die Kantine dagegen sei so ausgelegt, dass diese gegen Erstattung der Kosten auch von Schülern der Wirtschaftsschule genutzt werden könne.

Bürgermeisterin Dr. Denke-Stoll erinnert daran, dass der BZA Südost noch gewisse Nachfragen und Bedenken gegenüber dem Verkehrskonzept geäußert habe. Dabei soll es zum Beispiel um die Situierung der Bushaltestellen gegangen seien und ob man die Busse anstatt über die Asamstraße über die Maffeistraße leiten soll. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll glaubt, hier müsse man nochmal in einen Dialog treten.

Stadtrat Reibenspieß erkundigt sich, ob eine Darstellung des Lernhauskonzeptes in den oberen Etagen möglich ist. In den Plänen sei im Erdgeschoss kein Lernhauskonzept ersichtlich.

Herr Engert sichert Stadtrat Reibenspieß die Pläne zu.

Stadtrat Reibenspieß bezieht sich auf den Pausenhof und fragt sich, wo auf dem Plan die 2625 qm dargestellt werden. Ihm scheint so, als würde die Fläche fleckenartig zusammengesetzt sein. Die größte Fläche sei asphaltiert oder betoniert. Er könne wenig Freiräume für die insgesamt 600 Schüler erkennen.

Herr Engert antwortet, dass sich der Pausenhof um das Schulgebäude herum verteile. Dies sei im Sinne der Pausenfläche, da sich 670 Schüler nicht auf einen Platz konzentrieren sollen. Zum Teil seien es befestigte Flächen. Diese brauche man in der Pause, da eine nicht befestigte Fläche z.B. bei schlechter Witterung nicht nutzbar wäre, erklärt er. Nach seinen Worten sei dies eine ganz normale Pausenhofplanung, wie sie in Schulgebäuden stattfinde. Herr Engert sichert zu, dass alle Pläne dem Protokoll beigelegt werden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll merkt an, dass das Thema auch noch in den weiteren Ausschüssen diskutiert werden könne.

Stadträtin Krumwiede bezieht sich auf das ökologische Bauen. Zunächst begrüßt sie, dass der Jugendtreff des Gebäudekomplexes in Holzhybridbauweise geplant sei. In der Beschlussvorlage entstehe jedoch der Eindruck, als gäbe es nichts anderes als Stahlbeton oder Holzbauweise. Sie weist darauf hin, dass Stahlbeton der Baustoff sei, der in der Ökobilanz am schlechtesten abschneide. Zement und Stahl seien graue Energie. Kostengünstig sei Stahlbeton überhaupt nur in Kombination mit synthetischen Dämmstoffen und Holzschäum, sprich Sondermüll. Stadträtin Krumwiede sagt, zugegebenermaßen seien wohngesunde Dämmstoffe im Moment recht teuer. Als Alternative gäbe es eine Ziegelbauweise. Stadträtin Krumwiede erkundigt sich, ob diese geprüft wurde. Die Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen könne ein gesundes Raum- und Lernklima mit Stahlbeton und Holzschäum nicht befürworten.

Die Holzbauweise habe man geprüft, sagt Herr Engert. Diese sei bei einer 5-geschossigen Bauweise im Schulbau rechtlich noch nicht möglich, erklärt er. Deshalb habe man sich für Stahlbeton entschieden. Abgesehen davon sei man bereits mitten

in der Planung gewesen, als die Diskussion über ein nachhaltigeres Gebäude aufgekommen sei. Das heißt, man hätte nochmal viele Schritte zurückgehen müssen. Eine Ziegelbauweise sei in Herrn Engerts Gegenwart noch nie diskutiert worden. Deswegen könne er hier keine Antwort geben. Zum Thema Raumgliederung und Raumklima informiert er, dass die Schule über eine komplette Lüftungsanlage verfüge und einer Zwangsbelüftung unterliege. Die Schule werde ständig mit Frischluft versorgt. Herr Engert sieht deshalb keine Notwendigkeit von weiteren Filtern. Die Anlage verfüge zwar über keinen Virenfilter, filtere jedoch Staub und Pollen.

Stadträtin Hagn macht auf das Thema der Bodenverhältnisse aufmerksam. In der Vorlage stehe, dass durch die geologische Lage ein inhomogener Baugrund vorgefunden wurde und es dementsprechend Untersuchungen und ein Gutachten gegeben haben soll. Dazu möchte Stadträtin Hagn nähere Infos haben.

Herr Engert weist darauf hin, dass er diesbezüglich von Stadträtin Hagn bereits vorher telefonisch kontaktiert wurde. Leider konnte er die Frage auf die Schnelle nicht klären.

Stadtrat Achhammer bezieht sich auf die Frage von Stadträtin Krumwiede. Er glaubt, dass man sich im privaten Bereich immer mehr von Stahlbeton-Bauten entfernt. Seiner Meinung nach sei das Dämmmaterial ein großes Problem, wenn es nicht aus ökologischen Materialien komme. Ein solches Material zu entsorgen sei inzwischen sehr aufwändig. Stadtrat Achhammer tritt mit der Bitte heran, sich bis zur Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit Gedanken über diese Thematik zu machen. Weiter erkundigt er sich, ob sich der Pausenhof der Wirtschaftsschule nur auf dem Bereich der Wirtschaftsschule befindet. Von Herrn Hoffmann möchte Stadtrat Achhammer wissen, wie es mit der Neuordnung der Asamstraße weitergehe.

Herr Hoffmann antwortet, dass das Tiefbauamt intensiv im Bereich der Asamstraße arbeite. Zumindest bis zur Schule wolle man zukünftig einen Radweg für die Schüler schaffen. Bis wann man zu diesem Thema ein Ergebnis bekommt, könne er noch nicht sagen. Herr Hoffmann sagt, er werde sich bis zum Planungsausschuss darüber informieren. Weiter erklärt er, dass im Schulbau, ähnlich wie im Hochschulbau, der Stahlbetonskelettbau immer noch eine vorherrschende Konstruktionsart sei. Herr Hoffmann schließt sich der Meinung seiner Vorredner, was das Dämmmaterial betrifft,

an. Hier müsse man sehr aufpassen, dass man nicht den Sondermüll von morgen produziere, den man dann irgendwann wieder teuer entsorgen müsste. Natürlich könne man über Ziegelwände nachdenken, was die Innenwände und im Bereich der Gebäudekerne angehe, meint Herr Hoffmann. Nach seinen Aussagen seien Ziegel ein gutes Material und mache ein behagliches Klima. Ohne die Details im Einzelnen zu kennen, denkt er, dass man für die Fassaden ein Plattenmaterial mit Dämmung benötigt, da es sich hier um Lochfassaden handle. Generell zeigt sich Herr Hoffmann bei anderen Schulbauten für alternative Wege offen.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag der Verwaltung befürwortet.

Beratend

- 6 . Bezuschussung des Projekts „Movin‘ Music“ der Stiftung Jugend Fragt e. V. im Rahmen des Jugendkultursommers 2021 (Referenten: Herr Fischer, Herr Engert) Vorlage: V0430/21**

Antrag:

1. Für die Durchführung des Projekts „Movin‘ Music“ erhält die Stiftung Jugend Fragt e.V. im Jahr 2021 einen Zuschuss in Höhe von bis zu 42.000,00 EUR.

Stellungnahme des Jugendhilfeausschusses vom 24.06.2021:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Stadträtin Leininger sagt, dass das Projekt zeige, man brauche für Kinder und Jugendliche zum Aufholen der Lernlücken nicht nur Nachhilfeprogramme, sondern auch Gemeinschaftserlebnisse mit Gleichaltrigen sowie ganzheitliche Erfahrungen. Noch nie waren solche Projekte, die Ingolstadt schon seit vielen Jahren begleite, so wichtig wie in diesem Jahr. So möchte Stadträtin Leininger ihre Stimme aus dem Kulturausschuss kundtun.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll kann ergänzend berichten, dass sie in der Vergangenheit schon ein paar Mal bei solchen Vorführungen teilgenommen habe. Sie habe es immer toll gefunden, was die jungen Menschen aus allen möglichen Ländern auf die Beine gestellt haben.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Beratend

7 . Unterstützungskonzept zur Stärkung von Ingolstädter Kindern und Jugendlichen in Folge der Corona-Pandemie (Referenten: Herr Isfried Fischer und Herr Gabriel Engert) Vorlage: V0461/21

Antrag:

1. Die Ausführungen bezüglich Unterstützungsbedarfe bei Kinder und Jugendlichen aufgrund von Corona werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Unterstützungskonzept auszuarbeiten, Maßnahmen zu priorisieren und entsprechende Beschlussvorlagen einzubringen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, Antragsmöglichkeiten im Rahmen staatlicher Förderprogramme zu prüfen.

Stellungnahme des Jugendhilfeausschusses vom 24.06.2021:

Frau Bürgermeisterin Kleine erklärt, dass es sich hier um eine Vorlage handelt, die in der letzten Zeit immer wieder angesprochen wurde. Sowohl vom Oberbürgermeister als auch von ihr selbst, den Kolleginnen und Kollegen aus der Jugendarbeit im Amt für Jugend und Familie, als auch von dem Schulreferenten. Gerade Kinder und Jugendliche haben unter Corona ganz besonders zu leiden, weil die Schule ausgefallen ist, es keine Kinderbetreuung gab. Ganz am Anfang durften nicht einmal Spielplätze besucht werden. Skateanlagen waren gesperrt, Homeschooling war nicht organisiert. Wenn sich dies über ein Schuljahr zieht und nun bereits das zweite Schuljahr betroffen ist, leidet das Kind nicht nur im schulischen Umfeld, sondern auch am Wegfall der sozialen Kontakte. Darüber wurde sich in einem sehr großen Arbeitskreis zusammengesetzt, beide Bürgermeisterinnen haben die Vorlage unterzeichnet, Herr Fischer und Herr Engert als Referenten ebenfalls.

Herr Fischer freut sich, dass heute referatsübergreifend, einschließlich der Stadtspitze, dieser Vortrag unterbreitet werden kann. Damit sollen die Lücken, Rückstände und Rückschläge die es bei Kindern und Jugendlichen während der Corona-Pandemie gegeben hat, aufgearbeitet werden. Heute kann nicht jede Einzelmaßnahme im Detail vorgestellt werden. Zuerst geht es darum, Grünes Licht zu bekommen, dass in diese Richtung weitergearbeitet werden kann. Sie seien nicht die einzigen die der Meinung sind, dass hier eine Förderung notwendig ist. Es gibt

das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ des Bundesbildungsministeriums und des Bundesfamilienministeriums, mit einem deutschlandweiten Fördervolumen von insgesamt 2 Milliarden Euro. Einzelne Bausteine können in Ingolstadt bereits umgesetzt werden, weil die entsprechenden Leistungen zum Teil schon im Bundesgesetz überführt worden sind. Außerdem gibt es eine Kooperation mit den Schulen, auf das Herr Engert sicherlich noch eingehen wird. Mit dem Programm des Freistaats, „gemeinsam.Brücken.bauen“, sollen entstandene Defizite im schulischen Bereich in den nächsten Monaten abgebaut werden. Die Diskussionen im Arbeitskreis haben ergeben, dass jetzt nicht erwartet werden kann, dass alle Rückstände, die sich während der Pandemie ergeben haben, kurzfristig zu korrigieren sind. Gerade von Seiten der Schulen kam für die Zeiten nach den Pfingstferien der Appell, dass etwas getan werden muss, jedoch nicht sofort. Die Kinder sollen erstmal wieder in der Schule ankommen. Dann werden Maßnahmen während der Sommerferien geplant, die den Freizeitbereich angehen, aber auch von Seiten der Schulen sollen zusätzliche Bildungsangebote zur Verfügung gestellt werden. Es werden sicher auch im nächsten Schuljahr noch ergänzende Angebote benötigt. Aus seiner Sicht soll dies jedoch nicht zu spät erfolgen. Die jetzt wieder möglichen Präsenzveranstaltungen, sowohl in der Schule als auch außerhalb der Schule, ermöglichen, dass auf die Zeiten des Homeschoolings, in denen die Kinder kontaktarm zu Hause bleiben mussten, reagiert werden kann. Obwohl es noch nicht genau abzusehen ist, dass der Kinderfreizeitbonus mit rund 250.000 Euro zusätzlich für Kinder und Jugendliche in Ingolstadt aus einkommensschwachen Familien zur Verfügung stehen wird, sollen damit zusätzliche Freizeitangebote umgesetzt werden. Es laufen bereits Gespräche mit dem Stadtjugendring und anderen Freizeitangebietern, die zusätzliche Angebote in den Sommerferien schaffen. Es wurde sich verständigt, dass alle die sich engagieren, auch prioritär geimpft werden. In der Stadtverwaltung wird aus seiner Sicht zukünftig referatsübergreifend und ämterübergreifend zusammengearbeitet. Was wichtig werden wird, ist der Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen. Da im nächsten Schuljahr wieder durchgängiger Präsenzunterricht möglich sein wird, wird die Jugendsozialarbeit genau dann gefordert sein, alle Defizite nochmals aufzuzeigen, auf die reagiert werden muss. Hier gibt es bereits eine relativ umfangreiche Übersicht. Auch in anderen Bereichen wird es, insbesondere für den allgemeinen Sozialdienst des Amtes für Jugend und Familie, zu Fallsteigerungen kommen. Um diese dann qualitativ gut bearbeiten zu können, müssen dafür die entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung stehen. Für das Thema, wie gelingt der Übergang von Schule in den Beruf möglichst gut, möchte er auch die Jugendberufsagentur, die viele vielleicht gar nicht kennen, die derzeit eine virtuelle Behördenkooperation zwischen dem Amt für Jugend und Familie, dem Jobcenter und der Agentur für Arbeit ist, entsprechend personell verstärken. Dies soll eine Anlaufstelle für diejenigen werden, die noch nicht wissen wie ihr Übergang von der Schule in den Beruf funktionieren soll. Herr Engert bemerkt, dass Herr Fischer alle Bereiche gestreift hat. Er kann noch zum Bereich der Schulen, dass es das Programm „gemeinsam.Brücken.bauen“, welches verschiedene Aspekte beinhaltet, etwas beitragen. Das Programm beinhaltet u. a. Ferienkurse bis hin zu verstärktem Unterricht in kleinen Gruppen für das kommende Schuljahr. Es wird gemeinsam mit dem staatlichen Schulamt sehr genau beobachtet, was das Programm wirklich für die Stadt Ingolstadt bedeutet. In den letzten Jahren wurde gemeinsam mit den Schulen und der Volkshochschule eine Struktur aufgebaut. An vielen Schulen werden Sprachkurse und Bildungs- und Teilhabeleistungen über die Stadt angeboten. Der Vorschlag ist, dieses System zielgenau weiter auszubauen. Auch für die Schülerinnen und Schüler, die jetzt starke Nachteile durch die Pandemie haben, sollen entsprechende Angebote zur Verfügung stehen, um wieder Anschluss zu finden. Er denkt, dass dies in den nächsten Jahren noch beschäftigt wird und es nicht nach einem Jahr erledigt sein wird. Er möchte noch verstärkt ergänzen, zu dem was Herr Fischer bereits vorgetragen hat, dass die Jugendsozialarbeit ein wesentlicher Schlüssel sein wird um an den Schulen die

inhaltlichen Nachteile, die die Schülerinnen und Schüler erfahren haben, indem Unterrichtsstoff nicht mitbekommen wurde, auszugleichen. Auch geht es um den Verlust sozialer Kontakte und sozialer Erfahrungen, die in der Schule gemacht werden. Hier kann die Jugendsozialarbeit an Schulen viel leisten. Daher wird es ein Thema sein, entsprechende Angebote an den Schulen bereitzuhalten. Der Austausch ist sehr eng und es soll sehr genau beobachtet werden was notwendig ist. Die Maßnahmen, die den Kindern und Jugendlichen helfen sollen die Nachteile die durch die Pandemie entstanden sind, auszugleichen, werden jeweils dem Stadtrat vorgestellt.

Frau Bürgermeisterin Kleine betont, dass es deutlich geworden ist, hier etwas zu tun. Daher wurde die Vorlage in den Jugendhilfeausschuss gebracht und wird auch noch in die anderen Ausschüsse gegeben. Sie glaubt, dass ebenfalls deutlich geworden ist, warum und dass mehr Angebote gebraucht werden und appelliert an den Jugendhilfeausschuss, die Vorlage zu befürworten. Bedingt durch die sozialen Folgen müsse in diesem Bereich mehr getan werden. Und sie möchte klarstellen, dass dies auch ein finanzielles Thema sein wird. Sie vermutet auch, dass bei den Trägern der freien Wohlfahrt die Folgen von Corona ebenfalls ein Thema sein wird und Auswirkungen zu spüren sein werden. Vor allem in der Beratung vor Ort in den Jugendarbeitseinrichtungen. Der Jugendhilfeausschuss sollte informiert und zur Unterstützung angeregt werden. Auch wenn sich die Auswirkungen in unserem täglichen Alltag nicht großartig zeigen werden. Dort wo betreut wird und Beratung stattfindet, wo Schule stattfindet und sich Kinder und Jugendliche täglich aufhalten, werden die Folgen aufkommen. Sie appelliert an die Stadtratskolleginnen und Stadtratskollegen, dass diese Botschaft dahintersteckt. Ebenfalls ist es eine Botschaft in Richtung Haushalt.

Frau Stadträtin Mayr geht davon aus, dass sich dieses Konzept auf alle Schulen in Ingolstadt bezieht. Im zweiten Teil der Vorlage seien ausdrücklich nur Grund- und Mittelschulen, Sonderpädagogisches Zentrum und Berufsschulen erwähnt worden. Sie gehe davon aus, dass auch die Realschulen und Gymnasien einbezogen sind. Dort sehe es nicht besser aus, was den Verlust sozialer Kontakte und dergleichen betrifft. Zwischen dem Mittelschüler der fünften Klasse und dem Schüler des Gymnasiums in der fünften Klasse mache sie keinen großen Unterschied.

Frau Bürgermeisterin Kleine bestätigt, dass es sich hier nicht um die Förderung Benachteiligter handelt, sondern um die Förderung derjenigen, die die Folgen der Pandemie zu spüren bekommen haben. Hier seien alle Kinder und Jugendlichen betroffen.

Herr Engert betont, dass alle Schulen gemeint sind. Auch das Programm „Gemeinsam.Brücken.bauen“ betrifft alle Schulen. Trotzdem möchte er an dieser Stelle einschränkend hinzufügen, dass nicht alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen betroffen sind. Es gibt unterstützende Elternhäuser, aus denen die Kinder schneller wieder den Anschluss finden. Es gibt aber auch Elternhäuser wo dies nicht der Fall ist. Er sieht das Problem darin, dass die Kluft durch die Pandemie größer wird. Das Ziel muss sein, die Kluft wieder kleiner werden zu lassen. Insofern werden die Hilfsmaßnahmen unterschiedlich für die verschiedenen Zielgruppen ausfallen. In den Gymnasien gibt es das Problem etwas weniger als in den Mittelschulen. Das muss zugestanden werden und im Auge behalten werden. Die Unterstützung muss den benachteiligten Kindern und Jugendlichen gewährt werden. Dort wo die Elternhäuser intakt sind und die Eltern sich kümmern, ist es sehr viel einfacher, wieder Anschluss zu finden.

Herr Stadtrat Niedermeier möchte auf den Punkt 3 eingehen. Hier heißt es, die Verwaltung werde beauftragt, Antragsmöglichkeiten im Rahmen staatlicher Förderprogramme zu prüfen. Frau Dr. Lang von der Familien- und Erziehungsberatungsstelle war vor kurzem in der Fraktion und hat darauf

aufmerksam gemacht, dass es 2020 ein Förderprogramm des bayerischen Familienministeriums für eine finanzielle Unterstützung einer Vollzeitstelle in der Familien- und Erziehungsberatung gab. Er weiß nicht ob es bekannt ist und ob es genutzt wurde. Ihm wurde erklärt, dass pro 2.500 Kindern eine Stelle in der Familien- und Erziehungsberatung benötigt wird. In Ingolstadt gibt es etwa 22.500 Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre. Laut seiner Berechnung ergeben sich dadurch neun Stellen. Die Familien- und Erziehungsberatung Ingolstadt hat derzeit 5,5 Vollzeitstellen. Er denkt, dass Frau Dr. Lang noch erläutern wird, wo die meisten Probleme sind. Er unterstützt ausdrücklich die Nummer 3. Es soll immer darauf geachtet werden, dass Förderprogramme zum Wohle der Kinder abgegriffen werden.

Frau Dr. Lang möchte sich, als eine der betroffenen Stellen, an der sich die Corona Pandemie auch immer mehr zeigt, kurz zu Wort melden. Sie findet es sehr erfreulich, dass es diese Vorlage gibt und sich diesem Thema angenommen wird. Sie sieht aber auch die Verantwortung, der sich die Kommune stellt, indem sie dieses Thema annimmt. Wie Herr Stadtrat Niedermeier bereits erwähnt hat, sei es tatsächlich so, dass es hier ein Förderprogramm geben soll. Insgesamt findet sie es gut, dass die Jugendsozialarbeit an Schulen aufgestockt werden soll. Sie ist jedoch der Meinung, dass breiter geschaut werden muss. Gerade die psychosoziale Beratung sollte ins Auge gefasst werden. Die Förderprogramme von denen man höre, seien sehr auf die Schule bezogen. Hier sieht sie das große Problem. Es lastet viel Druck auf dem Thema Schule. Hier sei viel Bereitschaft zu fördern vorhanden. Was ihrer Meinung nach nicht vergessen werden darf, ist die Psyche und der soziale Bereich. Sie erwähnt die Familiensysteme. Gerade in der Praxis wird festgestellt, dass sich unglaublich viele Familien schwertun, sich wieder in den Alltag einzufinden. Plötzlich müssen alle wieder in die Arbeit und die Kinder in die Schule. Eine massive Zunahme von Schulängsten, Depressivität und Suizidalität. Interessanterweise kommen diese Dinge erst jetzt, da die Pandemie nachlässt, zum Vorschein. Viele Jugendliche erzählen, wie schwierig die Zeit eigentlich war. In der Pandemie haben sich viele wie in einer Schockstarre befunden und erst jetzt tauchen die Probleme auf. Momentan ist die Vielzahl der Fälle in der Familien- und Erziehungsberatung überschaubar. Jedoch nehmen die Akutfälle gerade extrem zu. Dies ist in den Psychiatrien zu spüren. Es ist auch festzustellen, dass die Komplexität der Fälle unglaublich zunimmt. Es muss darauf vorbereitet werden, dass hier noch einiges kommt. Sie möchte nicht alleine für die Familien- und Erziehungsberatung sprechen, sondern für das gesamte Jugendhilfesystem in Ingolstadt.

Frau Bürgermeisterin Kleine erwähnt, dass sich die psychiatrischen Stellen, Einrichtungen und Dienste ebenfalls schon mit ähnlichen Meldungen an die Stadt Ingolstadt gewandt haben. Daher muss dies auch aus ihrer Sicht zum Thema gemacht werden, auch wenn noch nicht jede einzelne Maßnahme vorgestellt werden kann. Es müssten viele unterschiedliche Gesetzesgrundlagen bedient werden. Herr Betz nimmt zu den Ausführungen von Frau Dr. Lang Stellung. Er bestätigt, dass aktuell 5,5 Vollzeitstellen bei der Erziehungsberatungsstelle angesiedelt sind. Im Pädagogischen Zentrum gibt es zudem für die Familien- und Erziehungsberatung noch 1,46 weitere Stellen.

Frau Dr. Lang erklärt, dass die Erziehungsberatungsstelle mit 30% für Eichstätt zuständig ist. Sie erachtet es als wichtig, diese nicht für Ingolstadt mitzuzählen. Herr Betz entgegnet, dass diese Stellen dann rausgerechnet werden müssen. Im letzten Jugendhilfeausschuss erwähnte er, dass für die Erziehungsberatungsstellen eine Personalbemessung vorgenommen wird. Dazu wird das Votum des Beirats benötigt. Die nächste Beiratssitzung findet am 13.07.2021 statt. Als Kommune kann das nicht alleine entschieden werden, da es die Träger betrifft. Er versichert, dass diesem Thema nachgegangen wird. Es wird geprüft, ob genügend Personal in der Erziehungsberatungsstelle zur Verfügung steht.

Ebenfalls verweist Herr Betz auf die Seite 5 der Vorlage, auf dem auch der Punkt der Ausbau der Erziehungsberatungsstellen, der Familienstützpunkte und der frühen Hilfen aufgeführt ist. Er erklärt, dass die Vorlage so zu verstehen ist, dass insgesamt aufgebaut werden soll. Das Ziel ist es, sich breit aufzustellen. Im ersten Moment sehe es eventuell so aus, als ob die Jugendsozialarbeit im Vordergrund steht. Er versichert jedoch, dass alle Bereiche beachtet werden.

Frau Bürgermeisterin Kleine erklärt, dass dies auch aktuell in den vorbereitenden Workshops ein Thema ist. An den Schulen ist aktuell ein hoher Handlungsbedarf. Trotzdem soll auch in den Stadtteilen aufgebaut werden. Sie begrüßt es, wenn Vorschläge gemacht werden. Ihr ist bewusst, dass die sich Stadt hier selbst unter Druck setzt. Der Druck, der auf den Kindern und Jugendlichen lastet, soll weitergegeben werden. Sie nimmt die Verantwortung an und hofft, dass die Verantwortung solidarisch im Stadtrat getragen wird.

Frau Stadträtin Segerer bedankt sich für diese Vorlage. Die Dringlichkeit ist da und es sie kann mit 100% mitgehen. Hier reicht es nicht nur die Schule zu betrachten, sondern es muss sich breit aufgestellt werden. Frau Segerer schlägt vor zu sehen, wo sich die Bedarfe konkret zeigen. Ihr ist bewusst, dass viel Arbeit dahingehend kommen wird. Frau Segerer findet, dass die Stellen gesamtheitlich ausgebaut werden sollen. Sie ist der Meinung, dass Ingolstadt gut aufgestellt ist und daher viele Stellen zur Verfügung stehen, die ausgebaut werden können. Daher freut es sie um so mehr, dass die Jugendsozialarbeit ausgebaut wird und bekräftigt, dass eine JaS-Stelle an jeder Schule kein Luxus sei.

Herr Moser möchte kurz aus der gestrigen Sitzung des Berats des Jobcenters berichten. Hier wurde ebenfalls diese Thematik besprochen. Zu den Ausführungen von Herrn Fischer merkt er an, dass er mit Frau Müller besprochen habe, eine Information an die Eltern zu geben, die über den Kinderfreizeitbonus informiert. Damit sollen auch die Freizeitangebote aller Träger in Ingolstadt veröffentlicht werden. Bestenfalls setzen die Eltern dieses Geld dann für die Freizeitangebote ein. Weiter bezieht er sich auf den Punkt „Übergang von Schule in die Berufsausbildung sicherstellen“. Er vermutet, dass die sozialen Corona-Folgen in den nächsten Jahren auftreten werden. Dies betreffe die Jugendlichen, die 7-8 Monate nicht mehr in der Mittelschule waren, die kein geordnetes Homeschooling hatten, den Schulabschluss dieses Jahr mit Biegen und Brechen schaffen oder das letzte Schuljahr auf Grund der schlechten Aussichten wiederholen. Die Einschätzung im gestrigen Beirat des Jobcenters war, dass mit dem Thema Übergang von Schule in die Berufsausbildung nicht bis nächstes Jahr gewartet werden kann. Die Personalausstattung dafür, die unter anderem teilweise beim Jobcenter angesiedelt ist, ist dort nahezu durch entsprechende Zuschüsse zu 100% finanziert. Für ihn ist es unverständlich, diese Stelle über den allgemeinen Stellenplan, der bekanntlich auf Oktober 2021 verschoben wurde, aufzuschieben. Sein Appell wäre, zumindest die halbe Stelle beim Jobcenter zeitnah zu besetzen. Herr Moser bittet darum, die Jugendberufsagentur aus der Papierform heraus zeitnah in die Realität umzusetzen.

Frau Bürgermeisterin Kleine erklärt, dass dies als Appell mitgenommen wird. Frau Rehak ergänzt zu dem Thema Berufsschulen und der Jugendberufsagentur, dass auch von Seiten der Mittelschulen und Berufsschulen Bedarfe eruiert werden. Die kommende Woche wird dazu ein digitaler runder Tisch stattfinden. Die Leiter der Berufsschulen, der Mittelschulen und die entsprechenden Jugendsozialarbeiter werden teilnehmen. Dadurch sollen Bedarfe wie Jugendliche ohne Ausbildungsplatz in Erfahrung gebracht werden. Sie spricht Frau Stadträtin Mayr zu deren ursprünglichen Aussage zur Schulsozialarbeit an. Hier erklärt sie, dass die Schulsozialarbeit und Jugendsozialarbeit voneinander abgegrenzt werden müssen.

Die Schulsozialarbeit ist primär präventiv. Hier liegt der Fokus weniger auf der Einzelfallhilfe. Die Jugendsozialarbeit hingegen ist sekundär präventiv, die Hauptaufgabe liegt in der Einzelfallhilfe. Jugendsozialarbeit an Schulen soll insbesondere an den belasteten Schulen eingesetzt werden. Die Belastungen sind unter anderem ein hoher Migrationsanteil, ein hoher Ausländeranteil oder viele Kinder und Jugendliche aus einem Alleinerzieherhaushalt. Diese Faktoren werden an Realschulen und Gymnasien aktuell nicht gesehen. Daher muss unterschieden werden. Nächste Woche wird auch eine online Veranstaltung stattfinden an der sie teilnehmen wird. Hier erhofft sie sich mehr Details zu der angekündigten Förderung der Bundesregierung, was dies konkret für Ingolstadt bedeutet und in welchem Zusammenhang die Stadt Anträge stellen kann. Dies sei ein fortlaufender Prozess mit dem Auftrag die Augen und Ohren offen zu halten und die Chancen die es gibt zu ergreifen.

Herr Wagner möchte zu dem Förderprogramm und der Nachhaltigkeit etwas erklären. Er möchte klarstellen, dass nicht nur darauf Wert gelegt wird, Leistungsdefizite aufzuholen. Die gravierenderen Probleme liegen im Bereich Soziales und Psyche. Hier muss langfristig geplant werden. Wenn die Stadt die Möglichkeit habe, Förderprogramme zu nutzen und entsprechende Stellen zu schaffen, soll in diesen Bereichen offensiv gearbeitet werden. Viele Lehrerverbände und Personen, die in Schulen tätig sind, sehen das Lernen nicht alleine im Mittelpunkt. Es wird mehr Fachpersonal und multiprofessionelle Teams benötigt, die die anderen Bereiche mit abdecken. Der Gedanke, dass mit einem großen Input alle Rückstände die durch die Corona-Pandemie entstanden sind, innerhalb von einem Jahr alles erledigt ist, wird nicht eintreffen. Es muss langfristig geplant werden. Sein Wunsch ist es, dass die Stadt Ingolstadt hierbei unterstützt. Gleichzeitig gilt sein Dank der Stadt Ingolstadt, die dies bisher schon großartig bewerkstelligt. Es gebe wenige Städte, die Angebote haben, die Kinder auch in der Freizeit auffangen, die für benachteiligte Familien etwas tun, wie das Sprachförderprogramm der VHS. Er erklärt, dass das Kultusministerium hier schon einmal das System in Ingolstadt beanstandet hat, mit der Begründung, es ginge nicht, dass dies eine Stadt anbietet und eine andere wiederum nicht. Alle Baustellen die durch die Corona Pandemie entstanden sind sollen langfristig gelöst werden. Hier ist es nicht innerhalb eines Jahres getan. Er hofft, dass die Stadt diese Schiene weiter fährt.

Frau Stadträtin Segerer ist dankbar für das was Herr Wagner gesagt hat. Sie denkt ebenfalls, dass die Schulen multiprofessionelle Teams brauchen. Ihr sei auch klar, dass ein Mix aus kurzfristigen und langfristigen Maßnahmen gebraucht wird. Es wird nicht anders möglich sein, als mehr feste Stellen zu planen.

Herr Stadtrat Over ist nicht sicher, ob sich jeder darüber bewusst ist wie wichtig die Funktion der Schulsozialarbeiter ist. Während seiner Zeit als Schulverbindungsbeamter der Polizeiinspektion Ingolstadt war in 99 von 100 Fällen, in denen er an Schulen gerufen wurde, immer ein Sozialarbeiter mit tätig. Die Arbeit dieser Menschen ist unheimlich wichtig und hat eine sehr große positive Auswirkung auf alle Beteiligten. Es sollte alles daran gesetzt werden, dass dieser Stand gehalten oder verbessert wird.

Herr Schweizer ergänzt, dass er sich darauf einstellt, dass der kommende Kita-Aufnahmejahrgang noch nie wirklich unter Menschen waren. Die Kinder werden zum ersten Mal mit vielen anderen Kindern und dem pädagogischen Personal in einem Raum sein. Dies werde eine große Herausforderung. Für die Kinder und Jugendlichen die jetzt in die Schule kommen wird dies neu werden. Es befürchtet, dass noch lange damit gearbeitet werden muss.

Frau Stadträtin Mader ist ebenfalls der Meinung, dass die Corona Pandemie noch lange Thema sein wird. Sie begrüßt diese Vorlage und wünscht den Akteuren alles

Gute. Das Beste wünscht sie den Betroffenen und den Familien, die zu kämpfen haben. Sie bedankt sich auch bei Frau Rehak für ihr Engagement und allen anderen ebenfalls.

Frau Bürgermeisterin Kleine geht auf den Bereich Sport, den Frau Bürgermeisterin Deneke-Stoll mitunterzeichnet hat, ein. Die Sportgruppen und Sportveranstaltungen, die nicht stattgefunden haben ist ein Handlungsfeld das auch mit in den Blick genommen wird.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll kann aus ihrer Erfahrung sagen, dass seitens der Schulleitungen berichtet werde, wie schwierig es gerade für Kinder und Jugendliche in der Corona Zeit sei. Deshalb habe man in diesen Grundsatzbeschluss einige Ideen gebracht, um Kindern und Jugendlichen in aller möglicher Hinsicht Hilfe anbieten zu können.

Stadtrat Dr. Schickel bezieht sich auf Seite 5 der Beschlussvorlage. Ganz unten stehe, dass geprüft werde, inwieweit Bedarfe für weitere Angebote an Schulen bestehen, insbesondere an Schulen ohne Jugendsozialarbeit. Stadtrat Dr. Schickel möchte in Erfahrung bringen, durch wen diese Prüfung erfolgt und bis wann diese abgeschlossen sei.

Herr Fischer antwortet, dass die Prüfung anhand bestimmter Indikatoren durch die Jugendhilfeplanung im Amt für Jugend und Familie erfolge und aufzeigen solle, wie stark der soziale Unterstützungsbedarf an der jeweiligen Schule sei. Das Thema habe man auch kurz im Jugendhilfeausschuss gestreift, erwähnt Herr Fischer. Dort habe sich die Grundsatzfrage ergeben, ob man die Prüfung auch auf die Schularten Realschule und Gymnasium ausweiten solle. Dies stehe bisher nicht im Fokus. Aus seiner Sicht wäre dies durchaus zumindest mit einem bedarfsgerechten Ansatz denkbar. Vielleicht könne man auch mehrere Schulen zusammenfassen oder auch der Freistaat verstärkt Schulsozialarbeit an weiterführenden Schulen anbieten, schlägt Herr Fischer vor.

Stadträtin Leininger findet, dass der Unterstützungsbedarf häufig auf Lerndefizite zurückgeführt werde. Dies betreffe jedoch eine ganze Generation, unterstreicht sie. Es gebe verschiedene Arten von Vereinsamung, schwierigen Situationen und psychischen Lagen in Familien. Dabei brauche ein jeder etwas anderes. Sie verstehe das Förderprogramm des Bundes so, dass erstmal ein großer Mantel über die

Probleme ausgebreitet werde. Ihrer Meinung nach müsse man jedoch auch in die kleinteilige Analyse gehen. Es gebe viele kleine Projekte in den Sozialen Städten, wo bereits viel Engagement und Netzwerke vorhanden seien. Stadträtin Leininger setzt sich für mehr Unterstützung in den lokalen Projekten ein. Insgesamt würde sie sich wünschen, dass jungen Leuten mehr Raum in der Öffentlichkeit zur Verfügung stehe. Das Sofortprogramm sei eine Herausforderung, aber Corona und seine Folgen werden uns noch Jahre verfolgen, betont Stadträtin Leininger.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll schließt sich der Meinung von Stadträtin Leininger an und erinnert daran, dass Bewegungsmangel auch ein Thema sei, welches man nicht außer Acht lassen dürfe. Die Staatsregierung wolle nun auch ein Jahr Vereinsmitgliedschaft zahlen und die Kosten für ein Seepferdchen übernehmen. Man müsse in verschiedensten Bereichen etwas tun und längerfristig schauen, welchen Unterstützungsbedarf junge Menschen nach der Corona Zeit haben.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

8 . **Vollzug des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes**

Beratend

Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen SPD, B90/DIE GRÜNEN und der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 30.03.2021
Vorlage: V0273/21

Um den verdienstvollen Einsatz herausragender Persönlichkeiten für die Gesellschaft zu ehren und in Erinnerung zu behalten, ist die Benennung von Straßennamen ein wesentliches kommunalpolitisches Instrument. Regelmäßig gibt es in vielen Kommunen kontroverse Debatten über die historische Einordnung von Namensgeber*innen für Straßen und öffentliche Plätze bzw. über die Bewertung ihrer Verdienste für die Gesellschaft. Persönlichkeiten, die nachweislich eine zweifelhafte Rolle während der NS-Zeit spielten, geraten dabei in den Fokus. Die Benennung von Straßen nach dem ehemaligen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg hat schon zahlreiche Kommunalparlamente beschäftigt. Unter anderem in Düsseldorf und Hannover wurden die jeweiligen „Hindenburgstraßen“ bereits umbenannt, in anderen Städten und Gemeinden, darunter auch in Eichstätt, ist die Debatte darüber noch im Fluss.

In Freiburg wurde am 8. November 2012 durch den Gemeinderat die Einrichtung einer Kommission zur wissenschaftlichen Überprüfung aller ca. 1300 Freiburger Straßennamen (inklusive der ca. 60 Bezeichnungen für Plätze) beschlossen. Zur Klassifizierung erarbeitete die Kommission folgende Negativ-Kriterien: „Aktive

Förderung des Nationalsozialismus bzw. des NS-Unrechtstaates von führender Position aus; aggressiver Antisemitismus bei Personen, die Multiplikatoren darstellten und über entsprechenden Einfluss verfügten; extremer Rassismus in Theorie und/oder Praxis; Militarismus in Form der Glorifizierung des Ersten Weltkrieges (Dolchstoßlegende); extreme, unzeitgemäße Frauenfeindlichkeit“ (Quelle: https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E-874030221/1028363/Strassennamen_Abschlussbericht.pdf).

Auch in Ingolstadt gibt es einige Namensgeber*innen für Straßen, auf deren Biografien und/oder Äußerungen in Publikationen ein oder mehrere dieser Kriterien zutreffen. Es ist an der Zeit, dass unsere Stadt sich hier der historischen Verantwortung zur Aufklärung stellt und Straßennamen entweder umbenennt oder öffentlich durch Hinweisschilder historisch einordnet. Menschen und Ereignisse können nicht aus der Geschichte gestrichen werden. Aber ehren sollten wir in Ingolstadt beispielsweise niemanden, der oder die das NS-Regime aktiv unterstützt hat. Alternativen für Namensgeber*innen gäbe es genug: Im Unterschied zu vielen deutschen Städten und Gemeinden existiert in Ingolstadt keine „Geschwister-Scholl-Straße“, die wie andere Mitglieder der „Weißen Rose“ ihren mutigen Einsatz gegen das NS-Regime mit dem Leben bezahlen mussten. Auch eine Straßenbenennung nach dem Auschwitz-Überlebenden Hugo Höllenreiner, der nach Kriegsende mit seiner Familie in Ingolstadt lebte und durch seine Vorträge vor zahllosen Schulklassen einen wesentlichen Beitrag zur Aufarbeitung leistete, ist längst überfällig.

Wir **beantragen** daher:

1. zu prüfen, ob die Kostenübernahme und Unterstützung für die Anwohner*innen bei Umbenennungen von Straßen durch den städtischen Haushalt finanziert werden kann,
2. falls eine Kostenübernahme den Haushalt zu stark belastet, Hinweistafeln unter den entsprechenden Straßenschildern mit einer historischen Einordnung in Auftrag zu geben,
3. die Hindenburgstraße, die Möldersstraße und die Udetstraße entweder umzubenennen oder mit Hinweistafeln unter den jeweiligen Straßenschildern zu versehen,
4. eine Kommission „Straßennamen“ u.a. mit Mitgliedern aller BZAs, des Stadtrats, mit Wissenschaftler*innen sowie mit Mitgliedern der Ingolstädter Gedenkinitiative einzuberufen, um dort innerhalb eines festzulegenden zeitlichen Rahmens weitere Ingolstädter Straßennamen anhand von Kriterien zu prüfen, ggf. zur Umbenennung oder Kennzeichnung auszuwählen und alternative Persönlichkeiten als Namensgeber*innen für Straßen zu benennen.

Begründung

Zu 1. und 2: In der Ingolstädter Hindenburgstraße befinden sich mehrere Arztpraxen und Geschäfte, eine Straßenumbenennung wäre hier mit erheblichen Kosten verbunden. Keinesfalls darf eine Straßenumbenennung einen finanziellen Schaden der Anwohner*innen verursachen. Daher sollte die Stadt die anfallenden Kosten übernehmen. Auf alle Anwohner*innen kommt im Fall einer Straßenumbenennung ein gewisser administrativer Aufwand zu. Privatpersonen müssen ihre persönlichen Dokumente ändern lassen und die Adressänderung kommunizieren, die Verwaltung

sollte hier Unterstützungsmöglichkeiten eruieren. Eine kostengünstigere Alternative wäre, mit Hinweisschildern z.B. unter dem Straßenschild „Hindenburgstraße“ für die historische Einordnung und Aufklärung zu sorgen. Mit der inhaltlichen Ausgestaltung solcher Hinweisschilder könnte das Stadtmuseum beauftragt werden. Die Hinweisschilder sollten verdeutlichen, dass und warum sich die Stadt von einer üblicherweise mit einer Straßenbenennung verbundenen Ehrung für die jeweilige Persönlichkeit distanziert.

Zu 3.: Als Reichspräsident ernannte **Paul von Hindenburg** (1847–1934) am 30. Januar 1933 Hitler zum Reichskanzler. Nur wenige Wochen später unterzeichnete Hindenburg die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“, mit der die Grundrechte der Weimarer Republik teilweise außer Kraft gesetzt und der Rechtsstaat faktisch aufgelöst wurde. Damit sowie durch die „Dolchstoßlegende“ trug er wesentlich zum Untergang der Weimarer Republik und zum Entstehen der totalitären NS-Diktatur bei. Die Mitverantwortung Hindenburgs am Aufstieg des NS-Regimes wurde in zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen nachgewiesen. Es ist unstrittig, dass Paul von Hindenburg nicht länger und erst recht nicht unkommentiert Namensgeber einer (Ingolstädter) Straße sein sollte.

Ebenso unstrittig ist dies bei Werner Mölders und Ernst Udet der Fall. Der Jagdflieger **Werner Mölders** (1913–1941) war eine Gallionsfigur der NS-Kriegspropaganda. Das Reichspropagandaministerium lancierte Presseberichte über ihn, um die Jugend für den Krieg zu begeistern. Als General der Jagdflieger wurde er 1941 zum Generalstab der Luftwaffe ins Reichsluftfahrtministerium nach Berlin versetzt. Ein im August 2004 dem Deutschen Bundestag vorgelegtes Gutachten des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes kam zu dem Schluss, Mölders habe bis zu seinem tödlichen Flugunfall im Sinne der Kriegsführungspolitik des NS-Regimes gehandelt und eine „systemkonforme Haltung“ gezeigt. Er sei ein „Vorzeige-Offizier“ gewesen mit „enormer medialer Repräsentanz“. Eine Distanzierung Mölders' zum Nationalsozialismus konnte nicht belegt werden. Bei den Tieffliegerangriffen in Spanien habe Mölders den Tod von nichtkämpfenden Zivilpersonen zumindest billigend in Kauf genommen. Mölders füge „sich nahtlos in das Kriegerideal des NS-Regimes ein“. In der Bundeswehr sei er „zum Vorbild erklärt worden, ohne auf den dahinterstehenden politischen Zusammenhang zu achten. Mit einem derartigen Blick auf den Nur-Soldaten, der die militärische Leistung löst vom politischen Zweck“, sei eine „konstitutive Dimension der Inneren Führung ausgeblendet worden“. Außerdem sei in der Bundeswehr an keiner Stelle problematisiert worden, dass seine als Vorbild gehaltenen militärischen Leistungen im Rahmen eines Angriffs- und Vernichtungskrieges für das NS-Regime erbracht wurden. (Quelle: Gutachten des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes zur Person von Oberst Werner Mölders, Bearbeiter: OTL Dr. Wolfgang Schmidt). Auf Grundlage dieses Gutachtens beschloss der Bundesminister der Verteidigung Peter Struck 2005, dass Einrichtungen der Bundeswehr nicht den Namen Mölders' tragen sollen.

Ernst Udet (1896–1941) war ebenfalls Jagdflieger und wurde im Mai 1933 Mitglied der NSDAP. Göring beschaffte ihm anschließend die finanziellen Mittel zum Kauf von zwei Flugzeugen, mit denen Udet auch auf NSDAP-Veranstaltungen auftrat. In der Folgezeit ließ er sich weiterhin bereitwillig für die NS-Propaganda einspannen. 1935 wurde er Inspekteur der Jagd- und Sturzkampfflieger. Im Reichsluftfahrtministerium war er später verantwortlich für die technische Ausrüstung der Luftwaffe und bekleidete ab 1939, zuletzt im Rang eines Generaloberst, das Amt des General-

Luftzeugmeisters der Wehrmacht. In dieser Funktion war Udet dem Staatssekretär des Reichsluftfahrtministeriums und Generalinspekteur der Luftwaffe Erhard Milch unterstellt, über den er gesagt hat, er könne mit „dem Juden“ Milch nicht zusammenarbeiten (Quelle: <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Virtuelle-Ausstellungen/Ernst-Udet-Des-Teufels-General/ernst-udet-des-teufels-general.html>).

Die Straßennamen Hindenburgstraße, Möldersstraße und Udetstraße, auch die Benennung eines Parks nach Hindenburg, sind nicht mehr tragbar. Deren Namensgeber förderten die NS-Propaganda und den nationalsozialistischen Angriffs- und Vernichtungskrieg wie Udet und Mölders oder bereiteten wie Hindenburg als „Steigbügelhalter“ Hitler den Weg. Eine Änderung dieser Straßennamen oder zumindest eine Distanzierung und historische Einordnung in Form von Hinweisschildern ist unverzichtbar und sollte prioritär erfolgen.

Zu 4.: Die intensivere Beschäftigung mit anderen Ingolstädter Straßennamensgebern gleicht dem Öffnen der Büchse der Pandora: Wie viele Menschenleben hatte wohl ein **Graf von Tilly** (1559–1632) auf dem Gewissen? Ist es zeitgemäß, eine Straße sowie eine Tiefgarage und eine Schule nach diesem Feldherrn des Dreißigjährigen Krieges zu benennen? Die unrühmliche Rolle von Hindenburg, Mölders und Udet für den und während des Nationalsozialismus ist wissenschaftlich eindeutig zu belegen. Es liegt auf der Hand, dass heute keine Straßen mehr nach diesen Persönlichkeiten benannt würden.

Aber was ist z.B. mit **Richard Wagner** (1813–1883) und **Richard Strauss** (1864–1949)? Wagners Antisemitismus hat in Israel dazu geführt, dass sein Werk dort nicht aufgeführt wird. Strauss war Präsident der nationalsozialistischen Reichsmusikkammer. Was wiegt mehr: die Verdienste der beiden Komponisten für die Musik oder Wagners Antisemitismus und die Unterstützung des NS-Regimes durch Strauss? Eine ähnliche Frage stellt sich bei **Friedrich Bergius** (1884–1949), nach dem die Ingolstädter Bergiusstraße benannt ist. Bekannt wurde er durch seine Verdienste in der physikalischen Chemie. Sein Unternehmen (die erste Anlage zur Holzverzuckerung) erhielt ab 1933 Staatsgelder des NS-Regimes, Bergius war Mitglied der NSDAP. Auch der Ingenieur **Ernst Heinkel** (1888–1958), Gründer der „Ernst Heinkel Flugwerke“ und ebenfalls Namensgeber einer Ingolstädter Straße, kooperierte mit dem NS-Regime und wurde 1933 Mitglied der NSDAP. Ist die Benennung von Straßen nach Mitgliedern der NSDAP und Profiteuren des NS-Regimes heute noch zu rechtfertigen?

Der in Ingolstadt geborene Bildende Künstler **Leo Samberger** (1861–1949) war kein Mitglied der NSDAP. Jedoch unterzeichnete er mit anderen Münchner Künstler*innen die „Erklärung des Deutschen Künstlerbundes 1933“ gegen den „Kunstabwärtismus“, die im Völkischen Beobachter veröffentlicht wurde. Ziel der Erklärung war, „die größten Entgleisungen dieser zersetzenden Kunstrichtung von München fern zu halten“. Die Verfasser richteten sich insbesondere gegen „formzersetzende Persönlichkeiten wie Nolde, Schmidt-Rottluff, Klee, Mies van der Rohe“ (Quelle: VB, Nr. 163, 12. 6. 1933, Beiblatt: „Die deutsche Kunst ist in Gefahr! Eine Erklärung des Deutschen Künstlerbundes 1933“). Leo Samberger steht auf der „Gottbegnadeten-Liste“ der wichtigsten Maler des NS-Staates von 1944 (Quelle: Ernst Klee, „Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945“, Fischer-Taschenbuch-Verlag, Frankfurt am Main 2009, S. 462). Der Schriftsteller **Richard Billinger** (1890–1965) kann „nur“ als NS-Mitläufer bezeichnet werden, als

„literarischer Spitzenverdiener“ (zitiert nach: Thomas Sessler Verlag Wien, Verlagsprogramm) profitierte er allerdings direkt vom NS-Regime. Der Kurator der Billinger-Ausstellung „Heimat. Körper. Kunst.“ 2013 im Linzer Stifter Haus, Klaus Kastberger, sagte über Billinger: „Er war kein Nazi, es gibt keine rassistischen Aussagen von ihm. Er hat nur mitgespielt und es genossen“. Gäbe es nicht genügend verstorbene Ingolstädter Künstler*innen und Schriftsteller*innen ohne zweifelhafter NS-Vergangenheit, deren Lebenswerk durch eine Straßenbenennung gewürdigt werden sollte?

Nach dem einzigen Spitzenrennfahrer im Dritten Reich, der Mitglied der SS war, ist in Ingolstadt eine Straße benannt: Der Motorrad- und Automobilrennfahrer **Bernd Rosemeyer** (1909–1938) galt im Nationalsozialismus als Idol und Volksheld. Hitler hielt die Rede zu seiner Beisetzung. Der Literaturwissenschaftler und Schriftsteller Victor Klemperer hat über ihn geschrieben: „Das einprägsamste und häufigste Bild des Heldentums liefert in der Mitte der dreißiger Jahre der Autorennfahrer: Nach seinem Todessturz steht Bernd Rosemeyer eine Zeitlang fast gleichwertig mit Horst Wessel vor den Augen der Volksphantasie“ (Quelle: „Rekordjagd in den Tod“ von Ralf Klee und Broder-Jürgen Trede, „Der Spiegel“ vom 25. 01. 2008).

Und dann wäre da noch **Ewald Kluge** (1909–1964), ebenfalls ein Motorradrennfahrer: Wie Rosemeyer war auch er Mitglied des nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK), welches dem Rassenwahn der NSDAP folgte und nur Personen mit Ariernachweis als Mitglieder aufnahm. Während des Zweiten Weltkrieges war das NSKK in erheblichem Ausmaß an den Deportationen von Jüdinnen und Juden sowie dem Völkermord an Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma beteiligt.

Nicht nur die Straßennamensgeber aus der NS-Zeit benötigen eine kritische historische Betrachtung: Zum Beispiel **Friedrich Ludwig Jahn** (1778–1852) – „Turnvater Jahn“ genannt. 1810 gründete er mit Freunden den geheimen „Deutschen Bund“ zur Befreiung und Einigung Deutschlands. Dieser stand ausschließlich Männern „deutscher Abstammung“ offen, Juden waren von der Mitgliedschaft ausgeschlossen.

Es gibt wohl noch einige Dutzend Ingolstädter Straßennamen, deren Namensgeber*innen und ihre Rolle in der Geschichte aus heutiger Sicht als äußerst problematisch einzuschätzen sind. Für die Entscheidungsfindung, welche weiteren Straßennamen umbenannt oder gekennzeichnet werden, sollte in Ingolstadt analog zu Freiburg und Mainz eine Kommission einberufen werden – mit Mitgliedern aller BZAs, mit Stadträt*innen, den Stadtheimatpflegern, Ortsteil-Chronisten, Mitgliedern des Historischen Vereins und Mitarbeiter*innen des Stadtmuseums, Vertreter*innen aus der Wissenschaft sowie des ehrenamtlichen Engagements in der Erinnerungsarbeit aus der Ingolstädter Gedenkinitiative. Dieses Gremium sollte auch herangezogen werden für eine Zusammenstellung von bedeutenden Persönlichkeiten, die als alternative und zukünftige Namensgeber von Ingolstädter Straßen in Frage kommen. Unter dem Gesichtspunkt der Geschlechtergerechtigkeit wäre es wünschenswert, dass sich solch ein „Straßennamen-Pool“ paritätisch zusammensetzt mit der gleichen Anzahl männlicher und weiblicher Persönlichkeiten.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0390/21/1.

Beratend**Keine Ehrung für historisch umstrittene Persönlichkeiten durch Namensnennung auf Straßenschildern
-Ergänzungsantrag der Afd-Stadtratsfraktion vom 20.05.2021-
Vorlage: V0426/21**

Die Afd-Stadtratsfraktion stellt folgenden **Ergänzungsantrag**:

Es wird eine unabhängige und externe Kommission von Experten gebildet, die sich aus Historikern, Kunsthistorikern und Politologen zusammensetzt. Ihre Aufgabe ist es, unter Einbindung betroffener Anwohner (u.a. mittels Bürgerbefragung) die zur Debatte stehenden Persönlichkeiten historisch einzuordnen. Dies kann nur durch eine umfassende Würdigung der Lebensleistung geschehen, für die die Namensgeber die Ehrung einer Straßenbenennung erhielten. Bei regional bekannten Persönlichkeiten sind ihr Bezug zu Ingolstadt und ihre Bedeutung für die regionale Identität zu erläutern. Die Ergebnisse werden zusammen mit den Mitgliedern aller Bezirksausschüsse und des Stadtrats erörtert. Anschließend fasst der Stadtrat einen Beschluss, auf welche Weise die zur Debatte stehenden Straßennamen ggf. in Zukunft erläutert werden.

Begründung:

Die Benennung von Straßennamen und die Auswahl der Namensgeber erfolgen immer im Kontext des jeweiligen Zeitgeistes. Die Namen wirken im Rückblick oft befremdlich und sind mit zeitlichem Abstand zunehmend erklärungsbedürftig. Die Geschichte zeigt, dass nach dem Wechsel eines Herrschaftssystems oftmals die vorgenommenen Straßenbenennungen als Zeichen und Mittel der Identitäts- und Geschichtspolitik von neuen Machthabern revidiert werden. Neue Namensträger sind dann ihrerseits wieder ein Symbol für die zum Zeitpunkt der Benennung aktuelle Wertung einer Epoche und der dadurch geehrten Persönlichkeiten. Zugleich ist eine solche Umbenennung, die zumeist im Anschluss an bzw. durch totalitäre Herrschaftsstrukturen ihrerseits ein Zeichen der Zeit, in der die Straßenumbenennung erfolgte.

Auch die gegenwärtige Diskussion über die Umbenennungen von Straßen, welche aus der Perspektive einiger gesellschaftlicher Gruppen nach fragwürdigen Persönlichkeiten benannt sind, wird unter den Vorzeichen einer angestrebten politischen und gesellschaftlichen Umordnung geführt. Es steht fest, dass Straßennamen immer Bestandteil einer umfassenden Identitätspolitik sind. Die aktuellen Versuche, Straßen und Plätze umzubenennen, nachdem ihre Namensgebung in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg, also in einer Blütezeit der Demokratie in Deutschland, keinen Anstoß erregt haben, ist daher möglicherweise als Ansinnen zu verstehen, die bisherige bürgerliche Memorialkultur und Identitätspolitik in Misskredit zu bringen und durch eine linksgerichtete, sozialistische Sichtweise der Geschichte zu ersetzen.

In Ingolstadt zeigt sich die Einseitigkeit der von link-sozialistischen Gruppen angestoßenen Diskussion daran, dass Persönlichkeiten, die Bezüge zum Kommunismus und

Stalinismus haben, nicht als „umstritten“ gelten. Sowohl nach Marieluise Fleißer als auch nach Bertolt Brecht sind in Ingolstadt Straßen benannt. Dies ist nach Ansicht der Antragssteller zu Recht der Fall. Beide waren bedeutende Autoren und haben im Fall von Marieluise Fleißer einen lokalen Bezug. Dennoch ist Brechts Unterstützung des DDR-Stalinismus wichtig für die politische Einordnung seiner Stücke. Das schmälert jedoch nicht seine Bedeutung für die deutsche Kultur. Mit Marieluise Fleißer kann man mit Blick auf die zur Diskussion stehenden Persönlichkeiten festhalten: „Wenn man sucht, findet man immer was.“

Die Umbenennung von Straßen hat nicht nur Auswirkungen auf die Sicht auf die eigene Geschichte und Kultur: Jede Namensänderung zwingt die Anrainer zu Investitionen, weil z.B. Briefpapier, Visitenkarten, Internetauftritte, Schilder etc. geändert werden müssen. Der durch die Stadt ausgelöste Zeitaufwand durch die Adressänderung ist immens und kaum zu beziffern. Auch für Verwaltungen und Dienstleister ist ein erheblicher Aufwand zu erwarten.

Der neu gegründete Konsolidierungsrat muss aus Kostengründen mit in das Antragsverfahren V0273/21 einbezogen werden.

Nach Vorliegen des Gesamtergebnisses (Externe Untersuchungskommission und Städtische Kommission) ist dieses zur Beratung und Beschlussfassung über die weitere Vorgehensweise dem Stadtrat erneut vorzulegen.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0390/21/1.

Beratend

**Beschlussvorlage der Verwaltung zum Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen SPD, B90/DIE GRÜNEN und der Stadtratsgruppe DIE LINKE (Referent: Herr Hoffmann, Herr Müller, Herr Engert und Herr Fleckinger)
Vorlage: V0390/21**

Antrag:

1. Der Gemeinschaftsantrag wird bezüglich einer Kostenübernahme der Aufwendungen der Bürger bei Straßenumbenennungen durch die Stadt abgelehnt.
2. Straßenumbenennungen erfolgen zukünftig unter Beachtung der Handreichungen des Deutschen Städtetags vom März 2021 (Anlage 1) und dem Kriterienkatalog (Anlage 2).
3. Die Verwaltung wird beauftragt die Hindenburg-, die Mölders- und die Udetstraße mit entsprechenden Hinweisschildern zu versehen. Über eine Umbenennung entscheidet zu einem späteren Zeitpunkt der Stadtrat auf Empfehlung der unter Punkt 4. genannten Kommission.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einsetzung einer Kommission vorzubereiten, deren Arbeit sich auf die Sichtung und Beurteilung von

Straßennamen im Zusammenhang mit Persönlichkeiten mit direkter Verbindung zur Zeitepoche des „Dritten Reiches“ beschränkt. Bezüglich der Ein- und Besetzung der Kommission ist zu gegebener Zeit eine erneute Sitzungsvorlage zu erstellen.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0390/21/1.

Beratend

**Beschlussvorlage der Verwaltung zum Ergänzungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion
(Referent: Herr Hoffmann)
Vorlage: V0390/21/1**

Antrag:

1. Die Verwaltung stellt den Antrag, gemäß Vorlage 0390-21 zu entscheiden.
2. Die Kostenübernahme durch die Stadt, welche bei der Umbenennung den Bewohnern entstehen, ist abzulehnen. Die künftige Anbringung von zusätzlichen Schildern ist im Haushalt zu berücksichtigen.

Der Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen SPD, Bündnis90/Die Grünen und der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 30.03.2021 V0273/21 und der Ergänzungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 20.05.202 V0426/21 sowie die Beschlussvorlagen der Verwaltung V0390/21 und V0390/21/1 werden gemeinsam behandelt.

Stadträtin Volkwein findet einen Arbeitskreis in diesem Fall für eine opportune und gute Sache. Obwohl man aktuell andere Sorgen habe, sollte man die in der Vorlage geschilderten markanten Namensnennungen vielleicht doch in Angriff nehmen. Stadträtin Volkwein beschreibt eine Lösung aus Berlin, welche sie ganz charmant findet. Dort soll unter Straßennamen grundsätzlich ein kleines Täfelchen stehen, welches den Namen erkläre. So etwas könne sie sich für normale Fälle gut vorstellen. Es gebe auch andere Städte die ihre Straßennamen umbenannt haben. Nach Aussagen von Stadträtin Volkwein habe München die Bischof-Meiser-Straße in „Katharina-von-Bora-Straße“ umbenannt. Mal wieder einen Frauennamen zu hören, erfreue sie noch mehr.

Wobei Katharina von Bora auch eine Tochter ihrer Zeit war, merkt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll an. Sie möchte das Thema aber jetzt nicht vertiefen.

Stadtrat Dr. Schickel sagt, grundsätzlich begrüße er den Vorschlag der Verwaltung. Unter Punkt 3 des Antrages der Verwaltung würde er jedoch gerne noch die „Wickstraße“ mitaufnehmen, die sich ebenfalls im sogenannten Fliegerviertel befinde. Es handle sich hierbei um einen Kampfflieger des zweiten Weltkrieges, bei dem aber irrtümlich ständig angegeben werde, dass er ein Jagdflieger des ersten Weltkrieges sei. Weiter regt Stadtrat Dr. Schickel an, im Bereich des Fliegerviertels an zentraler Stelle eine größere Informationstafel zu errichten. Hierfür biete sich in seinen Augen die Herz-Jesu-Kirche an. Es gebe Namen, welche einen Bezug zu Ingolstadt haben, aber die nicht jedem geläufig seien. Insofern beantragt Stadtrat Dr. Schickel den Antrag um diese beiden Punkte zu erweitern. Außerdem weist er darauf hin, dass es in vielen Stadtvierteln bereits diese kleinen Erklärungstafelchen unterhalb der Straßennamen gebe.

Herr Hofmann sagt, er kenne die Person Wick nicht. Den Namen werde man aber gerne mit überprüfen lassen.

Auch die Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen findet die Verwaltungsvorlage gut, gibt Stadträtin Krumwiede bekannt. Der Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen ziele darauf ab, einen Prozess anzustoßen, um ein Bewusstsein für die Auseinandersetzung der Straßennamen zu schaffen, erklärt sie. Nach ihren Worten sollen sich die meisten Großstädte in Deutschland dem Prozess schon gestellt haben. Zur Veranschaulichung beschreibt Stadträtin Krumwiede Beispiele, wie die Stadt München eine „Entnazifizierung“ von Straßennamen umgesetzt habe. Besonders froh sei sie über den Kriterienkatalog des Deutschen Städtetages in der Anlage der Beschlussvorlage. Daraus zitiert sie, dass Straßennamen nach Personen benannt werden, die es würdig seien geehrt zu werden. Aus heutiger Sicht seien dies viele Straßennamen in Ingolstadt garantiert nicht. Sie ist der Meinung, dass es im Umgang damit ein großes Spannungsfeld gebe. Einerseits verhöhne man die Opfer, wenn man die Täter ehre, andererseits gehe es darum, die Erinnerung an die Täter wach zu halten, damit ihre Untaten nicht vergessen werden. Zentral in diesem Prozess sei für Stadträtin Krumwiede eine offene Debatte zu führen. Auch die weiterführenden Schulen seien ihres Erachtens gefragt Bildungs- und Vermittlungskonzepte zur Auseinandersetzung mit den Namensgebern zu erarbeiten. Anders als in der Vorlage angedeutet, glaubt sie nicht, dass Hinweisschilder und QR-Codes in jedem Fall ausreichend seien. Der Erkenntnis, dass jemand aus heutiger Sicht zu Unrecht geehrt werde, müsse Konsequenzen haben. Bereits in jüngerer Zeit seien wegen einer NS-Belastung Straßen in Ingolstadt umbenannt worden, betont

sie. Bezüglich der Kommission beantragt die Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen, dass der Stadtrat über die Besetzung der Kommission abstimme. Zudem sollte man sich überlegen, ob man Vertreter/innen der Fraktionen in die Kommission mitentsenden wolle. Hierfür müsse man das Rad nicht neu erfinden, sondern könne auf die Expertise aus anderen Städten aufbauen, schlägt sie vor. Man könne z.B. einen Vertreter aus dem Expertengremium in München als Mitglied in die Ingolstädter Kommission mitaufnehmen oder zumindest dort mal zu Gast sein lassen. Weiter referiert Stadträtin Krumwiede, dass sie noch nie so viele E-Mails von Bürgerinnen und Bürgern zu einem Antrag bekommen habe. Nach ihren Worten handle es sich ausschließlich um E-Mails unterstützender Art und Weise. Sie habe viele Anregungen zur Änderung von Straßennamen bekommen, welche im Gemeinschaftsantrag nicht aufgeführt seien. Dies deute auch darauf hin, wie viel potenziell historisch belastende Straßennamen es in Ingolstadt gebe. Abschließend zeigt Stadträtin Krumwiede exemplarisch anhand Hans Pfitzner, wie andere Städte mit ihm als Straßennamensgeber umgegangen seien. In den letzten 10 Jahren sei die Pfitznerstraße in Hamburg, Hamm, Münster, Lübeck und Wiesbaden umbenannt worden. In Graz, Hannover, Düsseldorf und Salzburg habe es jeweils vor kurzem Expertenkommissionen gegeben, die eine Umbenennung der Pfitznerstraße dringend empfehlen. Vielleicht ja auch bald in Ingolstadt, hofft sie.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll weist darauf hin, dass die Vorlage der Verwaltung bereits den Passus beinhalte, dass zu gegebener Zeit eine Sitzungsvorlage zur Besetzung der Kommission zu erstellen sei.

Stadtrat Dr. Schumann sagt, das Thema sei ein sehr sensibles Feld. Die Frage sei, was wiege mehr: Die Verdienste der damaligen Künstler oder deren Unterstützung des Nationalsozialismus? Zur Veranschaulichung bezieht sich Stadtrat Dr. Schuhmann auf die beiden Komponisten Richard Wagner und Richard Strauß. Auch ein interessanter Hinweis sei, dass der Architekt, der öfter bei den Kammerspielen in Erscheinung trete, ein Nachfahre von Ewald Kluge sei. Man kenne den Grund und die Situation, weshalb sich damals viele dem Nationalsozialismus verschrieben haben. Stadtrat Dr. Schuhmann spricht sich gegen eine Umbenennung von Straßennamen aus und kritisiert gleichzeitig den Antrag der AfD-Stadtratsfraktion. Er vertraue darauf, dass es eine kompetente Kommission geben werde, welche die Angelegenheiten untersuche und schlägt vor, sich auf nationalsozialistischer Zeit zu beschränken. Insofern stimme er der Vorlage der Verwaltung zu.

Herr Hoffmann antwortet, dass die Verwaltung es ähnlich wie Stadtrat Dr. Schuhmann sehe und deshalb unter Nr. 4 des Antrages festgelegt, dass sich die Arbeit der Kommission auf die Sichtung und Beurteilung der Straßennamen im Zusammenhang mit Persönlichkeiten mit direkter Verbindung zur Zeitepoche des dritten Reiches beschränken solle. An Stadträtin Krumwiede gerichtet, teilt Herr Hoffmann mit, dass für die Ein- bzw. Besetzung der Kommission eine separate Beschlussvorlage erstellt werde, über welche der Stadtrat beschließen soll.

Stadtrat Dr. Schickel findet auch, dass man sich auf die Zeit des Nationalsozialismus beschränken sollte, so wie es in der Verwaltungsvorlage vorgeschlagen werde. Irgendwo müsse man Grenzen ziehen.

Stadtrat Over stimmt Stadtrat Dr. Schuhmann zu. Es sei eine komplizierte Problematik. Durch Zufall sei er auf Joseph Beuys gestoßen und habe sich gedacht, wo ziehe man eine Grenze. Er sei ein großer Fan von Joseph Beuys und der konkreten Kunst. Auch Joseph Beuys sei jedoch in der Hitlerjugend gewesen. Stadtrat Over ist strikt gegen eine Umbenennung von Straßen und werde der Verwaltungsvorlage zustimmen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage der Verwaltung zum Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen SPD, B90/DIE GRÜNEN und der Stadtratsgruppe DIE LINKE
V0390/21:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Abstimmung über die Beschlussvorlage der Verwaltung zum Ergänzungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion **V0390/21/1:**

Gegen 2 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Beschließend

- 9 . Benennung von zwei Straßen im Umgriff des Bebauungsplanes Nr.150 E - "Unsernherrn Nord"**

(Referent: Herr Hoffmann)

Vorlage: V0385/21

Für die zwei neuen Erschließungsstraßen in dem oben genannten Baugebiet schlägt die Verwaltung folgende Straßennamen vor: (siehe Anlage 1, aktueller Lageplan)

1. Königerstraße
2. Weidendorferstraße

Die Verwaltung wird beauftragt, die Benennungs- und Widmungsverfahren durchzuführen und die entsprechenden Verfügungen zu erlassen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll weist darauf hin, dass der Städtetag in seinen Empfehlungen schreibe, man möge immer Vor- und Zuname nennen. Sie möchte an der Stelle jedoch kein Fass mehr aufmachen. Sie gehe davon aus, dass es mit dem BZA auch so abgeklärt sei.

Herr Hoffmann erinnert daran, dass man diese Vorlage schon einmal in Verbindung mit der „Dr.-Georg-Götz-Straße“ diskutiert habe. Gegen Dr. Georg Götz habe es Vorbehalte gegeben. Deshalb habe man die Straßenbenennung im BZA und im Tiefbauamt nochmals diskutiert und einen neuen Vorschlag gemacht. Herr Hoffmann findet, dass man mit „Königerstraße“ einen sehr schönen und würdigen Namensträger gefunden habe. Besonders, wenn man diesen vor dem Hintergrund der Debatte um Straßennamen im Zusammenhang mit Personen aus dem Dritten Reich betrachte. Bezüglich der Weidendorferstraße sagt Herr Hoffmann, dass dieser Name bereits in der Vergangenheit vorgeschlagen worden sei.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll antwortet, sie habe nichts gegen den Namen. Sie frage sich nur, weshalb man den Vornamen nicht mit aufgenommen habe.

Herr Hoffmann sagt, das sei eine Abweichung von der oben genannten Regel seitens der Verwaltung gewesen. Wenn man die Regeln befolgen möchte, könne man den Fall nochmals überprüfen lassen, schlägt er vor.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sagt, dass sie persönlich keine Vorlieben habe. In ihren Augen sei es nur widersprüchlich, deswegen habe sie noch einmal nachfragen wollen. Wenn dann würde sie das Thema nochmals mit dem BZA kommunizieren. Sie glaube aber, dass man so über die Verwaltungsvorlage abstimmen könne.

Aus diversen Gründen versuche man die Straßennamen immer relativ kurz zu halten, erklärt Herr Hoffmann. Maximilian sei ein eher langer Vorname. Wenn man seinen Absender auf ein Briefkuvert schreibe, sei das ganz schön viel Aufwand. Herr Hoffmann willigt ein, diesbezüglich nochmals mit dem BZA in Kontakt zu treten.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sagt, sie wolle das Verfahren in keiner Weise verkomplizieren. Sie geht davon aus, dass dies mit dem BZA so abgesprochen und in Ordnung sei.

Sodann ergeht folgende Abstimmung:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Beratend

10 . Wettbewerbsverfahren Mittelschule Nord-Ost am Augraben in Oberhaunstadt (Referenten: Herr Hoffmann, Herr Engert) Vorlage: V0480/21

Antrag:

1. Mit der Durchführung eines nichtoffenen, einphasigen Realisierungswettbewerbs mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb für den Neubau der Mittelschule Nord-Ost in Oberhaunstadt, besteht Einverständnis.
2. Der Stadtrat stimmt den Eckpunkten und Zielen für die Auslobung des Wettbewerbs zu.
3. Die Kosten der Durchführung des Wettbewerbsverfahrens belaufen sich voraussichtlich auf 345.000 € und werden genehmigt.
4. Der Einleitung des VgV-Verfahrens zur Gewinnung der (Fach-)Planer wird zugestimmt, die Kosten betragen voraussichtlich 30.000 €.
5. Der Stadtrat stimmt der Umverlegung der Hauptwasserleitung zu.
6. Das Gebäude soll nach dem DGNB Standard „Gold“ zertifiziert werden.

Herr Hoffmann erwähnt, dass aktuell eine Unterschriftenaktion für ein Bürgerbegehren stattfindet. Die Bürgerinitiative habe das Quorum fast erreicht. Aus der Sicht der Verwaltung sei man immer noch davon überzeugt, dass es richtig sei,

die Schule am vorgeschlagenen Standort zu bauen. Die Suche nach Alternativgrundstücken sei seinerzeit ergebnislos gewesen. Solange das Bürgerbegehren laufe und es eventuell zu einem Bürgerentscheid komme, müsse man heute keine Details diskutieren und auch keine Preisgerichtssitzung terminieren, meint Herr Hoffmann.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll stimmt zu, dass es keinen Sinn mache, sich mit den Plänen zu beschäftigen, falls das Bürgerbegehren durchgehen sollte. Trotzdem sehe sie im Augenblick keinen Grund, das Verfahren und die Benennung der Preisrichter/innen zu stoppen.

Stadtrat Reibenspieß möchte wissen, ob im Wettbewerb nun eine Zweifachturnhalle zu planen sei oder doch eine Dreifachturnhalle.

Herr Engert antwortet, dass diese Frage mit dem Ergebnis des Wettbewerbs beantwortet werden würde. Der Architekt müsse in seinem Wettbewerbsbeitrag prüfen, ob eine Unterbringung einer Dreifachturnhalle möglich sei. Mit dieser Vorgehensweise sei man im Dezember 2020 im Stadtrat verblieben.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Beschließend

- 11 . Katharinen-Gymnasium: Erweiterung der Datentechnik - Programmgenehmigung (Referenten: Herr Hoffmann, Herr Engert)
Vorlage: V0512/21**

Antrag:

1. Für die geplante Erweiterung der Datentechnik am Katharinen-Gymnasium wird die Programmgenehmigung erteilt.
2. Für die Gesamtkosten in Höhe von ca. 750.000 € werden auf der Haushaltsstelle 1.232000.940000 „Katharinen-Gymnasium Hochbaumaßnahmen EDV-Verkabelung“ Haushaltsmittel bereitgestellt.

Stadtrat Dr. Schickel bittet um Kenntnisnahme, dass er sich weder an Beratung noch an Abstimmung beteiligen werde.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll weist darauf hin, dass es sich in der heutigen Beschlussvorlage um keine Entscheidung, sondern eine Vorberatung handle.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

(Stadtrat Dr. Schickel hat an Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.)

Beratend

**12 . Bestellung des Stadtheimatpflegers und des stellvertretenden Stadtheimatpflegers
(Referentin: Frau Preßlein-Lehle)
Vorlage: V0483/21**

Antrag:

1. Zum 01.01.2022 werden Herr Dr. Tobias Schönauer erneut zum Heimatpfleger der Stadt Ingolstadt und Herr Dr. Matthias Schickel erneut zum stellvertretenden Heimatpfleger ernannt.
2. Die Ernennung erfolgt für die Zeit vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2026.
3. Die monatliche Aufwandsentschädigung für den Stadtheimatpfleger und seinen Stellvertreter wird auf 300 EUR/Monat und Person festgelegt.
4. Der Stadtrat bedankt sich bei Herrn Dr. Schönauer und Herrn Dr. Schickel für ihr vielfältiges und intensives Engagement.

Stadträtin Leininger schlägt vor, die Bestellung der Stadtheimatpfleger/innen erst im nächsten Lauf zu diskutieren. Sie vertritt die Meinung, dass es gut tun würde, die emotional belastete Diskussion etwas runter zu kühlen. Der Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen enthalte gewisse Gesichtspunkte, welche in die Diskussion miteinfließen sollten. Sie möchte verhindern, dass weder die amtierenden Stadtheimatpfleger noch die vorgeschlagenen Kandidaten durch eine angeheizte Diskussion in irgendeiner Weise beschädigt werden. Man habe Zeit und könne mit dem Thema in den Herbst gehen, um sich über die im Antrag formulierten Punkte zu unterhalten, appelliert Stadträtin Leininger.

Stadträtin Volkwein begrüßt den Vorschlag von Stadträtin Leininger. Sie schlägt vor, das Thema zur Beratung zurück in die Fraktionen und Gruppen geben.

Stadtrat Achhammer stimmt seinen Vorrednerinnen zu. Man habe drei Persönlichkeiten, die alle drei geschätzt werden. Er kenne die Zusammenarbeit mit der Stadtheimatpflege über eine lange Zeit. Er glaubt auch, wenn man einen Blick in den Donaukurier werfe, dass die Debatte nur mit politischen Verletzungen und Beschädigungen enden könne. Deswegen findet er den Vorschlag von Stadträtin Leininger ganz toll, um das Thema in Ruhe bewerten und mit den Personen selbst nochmal sprechen zu können.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erkundigt sich in der Runde, ob eine Vertagung in den Herbst stattfinden soll.

Stadträtin Leininger verneint die Frage. Das Thema zurück in die Fraktionen und Gruppen zu verweisen würde bedeuten, dass eine Entscheidung in der kommenden Stadtratssitzung Ende Juli statfinde. Ihr Vorschlag wäre, die Beschlussvorlage einfach auf den nächsten Sitzungslauf zu verschieben, damit über den Sommer nochmal diskutiert werden könne. Wenn man die Zeit nicht habe, müsse man noch im Juli nochmal darüber reden. Für eine heutige Entscheidung sei die Angelegenheit zu aufgeheizt. Auch der Kommentar der Presse, der in keiner Weise widerspiegle, was der Antrag der Grünen intendiere, so Stadträtin Leininger.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ist sich nicht sicher, ob eine Vertagung in den Oktober zielführend sei. Das Thema zurück in die Fraktionen zu geben hält sie für legitim.

Stadträtin Leininger betont, man wolle auf keinen Fall eine heutige Entscheidung.

Stadtbaurätin Preßlein-Lehle schlägt vor, den Antrag der Verwaltung zurückzuziehen. Damit wäre das Thema auf den Sitzungslauf im Oktober verschoben. Ihr Vorschlag ziele darauf ab, die Personen aus der Diskussion herauszunehmen und sich im Stadtrat über die Aufgaben der Stadtheimatpfleger zu unterhalten. Seit Dezember 2020 gebe es neue Richtlinien, informiert sie. Es wäre ihr ein Anliegen, das Profil der Stadtheimatpfleger unabhängig von den Personen neu zu definieren. In der Vergangenheit sei dies nämlich schon mal anders gelebt worden als heute. Auch im Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen könne sie gewisse Ansätze erkennen, die in diese Richtung gehen. Frau Preßlein-Lehle hält es für sinnvoll die Zeit über den Sommer zu nutzen, um die Aufgaben der Stadtheimatpfleger zu

besprechen. Dadurch könne man vielleicht auch politischen Emotionen entgegenwirken.

Dies wäre ganz im Sinne der Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen, teilt Stadträtin Leininger mit.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll stellt fest, man mache sozusagen eine salomonische Entscheidung.

Stadtrat Achhammer möchte wissen, in welchem Gremium und in welchem Rahmen die Diskussion dann stattfinden soll.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll meint, vielleicht müsste man das Thema auch nochmal im Ältestenrat diskutieren.

Stadtrat Dr. Schumann möchte vorweg anmerken, dass er Stadtrat Dr. Schickel ausgesprochen schätze. Er sei eine Bereicherung für diesen Stadtrat. In seinen Augen habe sich die Sachlage geändert. Er hält Stadtrat Dr. Schickel als amtierenden Stadtrat mit gleichzeitiger Funktion als Berater seiner eigenen Person als Stadtheimatpfleger für überflüssig. Zumal da er Vorsitzender vom historischen Verein sei und eine ausgesprochene Kompetenz habe, die er im Stadtrat für die Belange des Brauchtums der Stadtheimatpflege einsetzen könne. Dies habe er Stadtrat Dr. Schickel selbst heute auch schon mitgeteilt. Weiter hinterfragt Stadtrat Dr. Schuhmann, ob zwei Personen im gleichen Interessengebiet gut seien. Er hält es für sinnvoll darüber nachzudenken, unter Umständen Persönlichkeiten zu suchen, welche eine Ergänzung für den unumstrittenen Herrn Schönauer wären. Zur Veranschaulichung erwähnt Stadtrat Dr. Schuhmann einen Architekten, welcher nach seinen Worten schon mal in Ingolstadt ansässig gewesen soll und in Böhmfeld hervorragende Arbeit in der Erhaltung und Restaurierung von Gebäuden geleistet habe. Eine solche Vorgehensweise würde er begrüßen. Stadtrat Dr. Schuhmann denkt, dass Stadtrat Dr. Schickel ohne jeglichen Gesichtsverlust unter Umständen selbst aktiv werden könnte.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll hält fest, dass Stadtbaurätin Preßlein-Lehle die Beschlussvorlage zurückzieht. An dem Profil und dem Aufgabengebiet der Stadtheimatpfleger soll gearbeitet werden, damit die Verwaltung im Herbst einen

neuen Vorschlag unterbreiten könne. Über die Personen finde einstweilen keine Diskussion statt.

Der Antrag der Verwaltung wird zurückgezogen.

(Stadtrat Dr. Schickel hat an Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen)

Beratend

Hierzu liegt vor:

Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.06.2021

Vorlage: V0523/21

Im aktuellen Sitzungsdurchlauf steht die Bestellung bzw. Wiederbestellung der Stadtheimatspfleger*innen auf der Tagesordnung der zuständigen Ausschüsse. Bei dem Verwaltungsvorschlag, die beiden Historiker Dr. Schönauer und Dr. Schickel erneut zu bestellen, sehen wir grundsätzlichen Korrekturbedarf. Die Größe unserer Stadt und der Umfang der Themen von Denkmalschutz bis Brauchtumpflege rechtfertigen und erfordern eine Aufteilung auf zwei kompetente Personen. Dabei muss unbedingt auf die bei Doppelspitzen übliche geschlechtergerechte Bestellung geachtet werden. Die Personen sollen idealerweise in allen Aufgabenfeldern gut zusammenarbeiten.

In diesem Zusammenhang stellen wir folgenden

Antrag:

1. Die Bestellung der Stadtheimatspfleger*innen erfolgt im nächsten Sitzungsdurchlauf im Herbst.
2. Das künftige Team der Stadtheimatspflege soll möglichst von einer Frau und einem Mann gebildet werden.
3. Künftig wird nicht zwischen „Heimatspfleger*in“ und „Stellvertretende/r Heimatspfleger*in“ unterschieden. Beide Personen tragen dieselbe Amtsbezeichnung.
4. Unter Berücksichtigung der fachlichen Gesichtspunkte sollten die beiden Personen idealerweise möglichst weitere Aufgabenfelder der Stadtheimatspflege abdecken.
5. Da die Stadtheimatspfleger*innen bei ihren Stellungnahmen überparteilich agieren, keinen Weisungen unterliegen und ausschließlich ihrem heimatspflegerischen Auftrag verpflichtet sind, sollte das Ehrenamt nicht mit der Position eines politischen Ehrenamts zusammenfallen.

Es besteht kein Zweifel an der Tatsache, dass beide Herren ihr Ehrenamt mit Sorgfalt und Expertise ausgefüllt haben. Eine geschlechtergerechte Vertretung unserer Stadtbevölkerung ist jedoch in unserer Zeit eine Selbstverständlichkeit.

Möglicherweise muss auch der Wahlmodus diesen Erfordernissen angepasst werden.

Beschließend

13 . Dringlichkeitsantrag: Luftfilteranlagen an Schulen und Kitas -Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 30.06.2021- Vorlage: V0547/21

Bereits letztes Jahr wurden all die Räume in Ingolstädter Schulen mit mobilen Luftreinigungsgeräten ausgestattet, die nur unzureichend gelüftet werden können.

Die Staatsregierung hat gestern im Ministerrat beschlossen, mobile Lüfter nunmehr für alle Räume von Schulen und Kindertagesstätten zu 50% zu bezuschussen. Im Hinblick auf die aktuell aufkommende Delta-Variante und eine mögliche vierte Corona-Welle im Herbst ist die Angelegenheit dringlich, weshalb die SPD-Fraktion folgenden **Antrag** stellt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Beschaffung von mobilen Lüftern für alle Räume in Schulen und Kindertagesstätten unter Ausnutzung der Förderung des Freistaats vorzunehmen. Bei der Auswahl der Geräte ist darauf zu achten, dass die Geräte leise sind und den Unterricht nicht stören.
2. Dem Stadtrat wird dargelegt, mit welchem Personal die Lüfter aufgestellt und betreut werden und wer die Filterreinigung bzw. -wechsel vornimmt.
3. Dem Stadtrat wird dargestellt, welche Kosten dabei auf die Stadt zukommen und wie die Anschaffung finanziert werden soll.
4. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich beim Freistaat Bayern dafür einzusetzen, dass der Freistaat sich auch an den Folgekosten der mobilen Lüftungsgeräte beteiligt, denn mit den Anschaffungskosten ist es nicht getan, da durch den Betrieb der Lüfter erhebliche Folgekosten verbunden sein werden (Personal, Strom, Wartungs- und Betreuungskosten), die nicht alleine an den Kommunen hängen bleiben dürfen.

Begründung:

Die Pandemie Lage verändert sich ständig. Medienberichten zufolge, ist in England durch der Delta-Variante die Anzahl an Corona-Ausbrüchen an Schulen deutlich gestiegen. Deswegen sollte auch die Stadt Ingolstadt alle Schutzkonzepte erneut Prüfstand stellen und alles in die Wege zu leiten, um Kinder und Jugendliche bestmöglichst zu schützen und den Präsenzsulbetrieb aufrechterhalten zu können.

Ministerpräsident Markus Söder hat kurzfristig eine Förderung für den Einbau von mobilen Luftfiltergeräten angekündigt. Damit Ingolstadt von den Fördermitteln partizipiert und der Einbau baldmöglichst stattfinden kann, soll die Verwaltung unmittelbar mit der notwendigen Planung beginnen.

Allerdings steigt die Gefahr einer Corona-Infektion nicht nur für Schüler*innen auch die Kinder in den Kitas sind von der erhöhten Ansteckungsgefahr durch die Delta-Variante

betroffen. Daher soll ebenfalls der Einsatz von Luftfiltern in den Kindertagesstätten vorgenommen werden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erwähnt, dass die CSU-Stadtratsfraktion ebenfalls einen Antrag auf Prüfung gestellt habe, wo ein Einsatz von Luftfilteranlagen sinnvoll wäre. Dies müsse relativ schnell auf den Weg gebracht werden, denn der nächste Herbst und Winter stehe vor der Tür. Im Hinblick auf die 50 Prozent Förderung habe sich Oberbürgermeister Dr. Scharpf bereits an Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder gewandt und ihres Erachtens zurecht moniert, dass zuerst klar sein müsse, welche Anforderungen diese Geräte erfüllen müssen. Auch hinsichtlich des Vergaberechts sei es kritisch, die Lüfter zeitgerecht zur Verfügung stellen zu können. Zudem hinterfragt sie, ob die 50 Prozent Förderung wirklich sinnvoll seien, wenn die Kommunen die restlichen 50 Prozent aufbringen müssen. Zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebs und zur Vermeidung von weiteren Unterrichtsausfällen seien die Luftfilter auf jeden Fall sinnvoll. Dies seien Themen, die ihrer Meinung nach besprochen werden müssen.

Im Moment gehe man davon aus, dass ca. 1100 weitere Geräte für Kitas und Schulen benötigt werden, ergänzt Herr Hoffmann. Vor einem Jahr habe man in den Ausschreibungen das Ergebnis von 3800 Euro pro Luftfilter erzielt. Dazu kommen noch 500 Euro pro Gerät im Jahr für die Wartung der Geräte inklusiv Filterwechsel, informiert er. Nach Aussagen von Herrn Hoffmann könne die Verwaltung die Wartung nicht übernehmen. Hierfür sei ein spezielles Know-how sowie eine entsprechende Schutzausrüstung notwendig. Man rechne damit, dass alle Kommunen in Bayern für alle Klassenzimmer solche Geräte beschaffen wolle, sodass man von einer Preissteigerung von mindestens 20 Prozent ausgehen muss. Dies führe zu einer erwarteten Summe zwischen 4 und 5,5 Mio. Euro plus 150.000 Euro Wartungskosten im Jahr. Bei einem Stromverbrauch von 300 Kilowattstunden pro Jahr, liege man nach den jetzigen Strompreisen bei nochmal 100.000 Euro, die man noch hinzurechnen muss. Eine genaue Angabe der Stückkosten sei den Ausschreibungsergebnissen bzw. den Preisverhandlungen vorbehalten, so Herr Hoffmann. Er hofft auf Erleichterungen auch im Bereich des Vergaberechts durch den Freistaat. Ansonsten müsse eine europaweite oder zumindest deutschlandweite Vergabe durchgeführt werden. Insofern wäre man dann bei drei Monaten für die Durchführung der entsprechenden Verfahren, vermutet Herr Hoffmann.

Aktuell prüfe man die Klassenzimmerzahlen, ergänzt Herr Engert. Bei der Berechnung im Kindergartenbereich gebe es das Problem, dass die Einrichtungen zu einem Drittel

aus städtischen Kitas und zu zwei Dritteln aus freien Trägern bestehen. Er glaubt, dass die freien Träger zum großen Teil finanziell nicht in der Lage seien, Luftfilter für ihre Kindertagesstätten anzuschaffen. Hier stelle sich die Frage, ob man dann eine Klassengesellschaft habe. Schaffe man Filter auch für die freien Träger an, sei man bei einigen hundert Räumen mehr. Herr Engert geht davon aus, dass die Privatschulen ebenfalls ähnliche Fragen an die Verwaltung stellen werden. Diese Themen müsse man in den nächsten Tagen genau betrachten. Weiter sei noch nicht geklärt, ob neugebaute Schulen mit entsprechender Lüftungsanlage von einer Schließung befreit werden. Diese wurden nach Worten von Herrn Engert bisher genauso geschlossen, wie Schulen, die keine Filter hatten. Sollte dies bei der vierten Welle der gleiche Fall sein, könne man zumindest ein großes Fragezeichen hinter die Aktion machen, meint er.

Stadtrat Over bedauert es sehr, dass diese Prozesse auf Kommunal- und Landesebene quälend lange dauern. Er denkt, dass alle wissen, wie wichtig ein Präsenzunterricht für die Schülerinnen und Schüler sei. Er findet es furchtbar, dass die Kinder und Jugendlichen durch Videounterrichte unter Entfremdung und Distanz zu Kameraden erleiden müssen.

Stadträtin Mader erkundigt sich wie es mit den Wartungskosten in den Kitas der freien Träger gehandhabt werde. Sie glaubt, dass diese eine Geldausgabe für die freien Träger darstellt, welche sie wahrscheinlich nicht stemmen können. Dann habe man wieder das Problem einer Benachteiligung.

Diese Frage kann Herr Engert noch nicht beantworten, da man über keinerlei Ausführungsbestimmungen verfüge. Man habe vom Freistaat Bayern noch keine geordneten Informationen zum Ablauf des Förderprogrammes. Es könne sein, dass nur der Träger selbst die Förderung in Anspruch nehmen kann. In dem Fall müssten die freien Träger selbst einen Antrag stellen.

Stadträtin Leininger möchte wissen, bis wann mit Klarheit über die Förderrichtlinien zu rechnen sei. Das Thema sei ein Problem, aber auf der anderen Seite müsse man sagen, dass die Technik Schülerinnen und Schüler sowie auch das Personal auch vor anderen Viren schütze. Man habe gesehen, dass es wesentlich weniger Erkältungskrankheiten dadurch gegeben habe. Insofern müsse man die Geräte auch flächendeckend einbauen, appelliert sie. Eine andere Möglichkeit sehe sie nicht.

Vielleicht könne man die Lüfter selbst organisieren oder irgendeinen anderen kostengünstigeren Weg finden, schlägt sie vor.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll denkt, dass man die Klassenzimmer trotzdem alle 20 Minuten im klassischen Sinn lüften müsse. Trotzdem glaubt sie auch, dass man einer Geräteanschaffung nicht aus dem Weg gehen kann.

Stadtrat Achhammer findet es auch ärgerlich, dass eine Anschaffung der Lüftungsgeräte so lange dauert. Er ist vollkommen davon überzeugt, dass ein Präsenzunterricht im Herbst und Winter nur mit Lüftungsanlagen funktionieren. Verfolge man die Diskussion der Fachleute, stelle man fest, dass alle einheitlich das gleiche sagen. Deswegen ist er der Ansicht, dass man hier dranbleiben muss. Stadtrat Achhammer bittet Herrn Hoffmann darum, dass die von ihm genannten Zahlen und Fakten bis zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit zu Protokoll kommen, damit man das Thema dort besprochen werden kann. Für den Stadtrat sei das Thema zu spät, sonst sitzen die Kinder wieder zu Hause im Winter, warnt er.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll glaubt, dass sich der Ausschuss darüber einig ist, dass die Lüftungsgeräte angeschafft werden müssen, wenn die Rahmenbedingungen stehen. Notfalls müsse dies über eine dringliche Anordnung geschehen. Sie geht davon aus, dass es ein Wettbewerbsverfahren der Kommunen geben wird. Je schneller man dran sei, desto bessere Chancen habe man auf eine Lieferung der Geräte, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll.

Stadtrat Dr. Schickel schließt sich der Meinung von Herrn Engert an. Er glaubt auch, wenn es im Herbst tatsächlich wieder zu einer Schulschließung komme, dann sei eine Anschaffung der Lüftungsgeräte tatsächlich nur ein Schildbürgerstreich, der wahnsinnig viel Geld koste. Deswegen müsse man unbedingt darauf drängen, dass keine Schulschließungen mehr erfolgen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sagt, mehr könne man heute nicht mehr besprechen. Man sei sich einig, alles zu tun um einer Anschaffung von Luftreinigungsgeräten entgegen zu kommen. Letztlich werde man das Thema in den nächsten Gremien des Sitzungslaufes nochmal diskutieren.

Der Antrag wird weiterverfolgt.

-Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet.-